

**Einwohnerratssitzung 2008/2009  
Protokoll Nr. 2**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 25. September 2008**  
Sitzungszeit 14:00 – 18:00 Uhr  
Ort Pilatussaal, Luzernerstr. 15, 6010 Kriens

---

Protokoll Petra Burkhart  
Direktwahl 041 329 63 03

25. September 2008

---

**Anwesend**

Präsident

Bienz Bruno

Einwohnerrat

35 Mitglieder

Gemeinderat

5 Mitglieder

Gemeindeschreiber

Solari Guido

Protokoll

Sigrist Andrea  
Burkhart Petra

**Entschuldigt**

Einwohnerrat

Tschümperlin Erich

## Traktanden

- |      |   |            |          |
|------|---|------------|----------|
| 1.   | <u>Mitteilungen</u>   |            | Seite 22 |
| 2.   | <u>Vereidigung: Kalt Mirjam</u>   |            | Seite 23 |
| 3.   | <u>Protokoll Nr. 8</u> vom 15. Mai 2008<br><u>Protokoll Nr. 9</u> vom 26. Juni 2008   |            | Seite 23 |
| 4.   | <u>Bus-Vorstösse:</u>   |            | Seite 24 |
| 4.1. | <u>Postulat Baumgartner namens der CVP/JCVP-Fraktion: Verbesserung des Busverkehrs</u><br><i>Begründung</i>   | Nr. 219/07 | Seite 24 |
| 4.2. | <u>Postulat Morf namens der CHance21: Die Zeit ist reif für einen Schnellbus (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>                                      | Nr. 220/07 | Seite 28 |
| 4.3. | <u>Postulat Heini und Mitunterzeichnende: Entlastung Bus 1 ab Grosshof mit Bus 31 (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>                                 | Nr. 227/07 | Seite 29 |
| 4.4. | <u>Postulat Zeder und Mitunterzeichnende: Expressbus über die Schachen- und Amlehnstrasse (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>                         | Nr. 237/07 | Seite 30 |
| 5.   | <u>Postulat Piazza namens der JCVP: Optimierung der Früherkennung und Prävention bei Erziehungsschwierigkeiten</u><br><i>Begründung</i>                             | Nr. 241/08 | Seite 31 |
| 6.   | <u>Postulat Morf namens der CH 21: Sonnenberg für alle (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>  | Nr. 244/08 | Seite 36 |
| 7.   | <u>Motion Hug namens der FDP-Fraktion: Verzicht auf Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes</u><br><i>Begründung</i>                                | Nr. 245/08 | Seite 37 |
| 8.   | <u>Postulat Piazza und Mitunterzeichnende: Bildungs- &amp; Integrationsförderung durch Zusammenarbeit mit Pensionären in den Heimen Kriens</u><br><i>Begründung</i> | Nr. 246/08 | Seite 42 |
| 9.   | <u>Postulat Piazza: E-Rechnungen – mit 3 Klicks Geld sparen (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>   | Nr. 254/08 | Seite 48 |
| 10.  | <u>Postulat Heini und Mitunterzeichnende: Proaktiv gegen das Littering (eingereicht als Motion)</u><br><i>Begründung</i>  | Nr. 256/08 | Seite 50 |

11.	<u>Postulat Piazza: Betriebsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern</u> <i>Begründung</i>	Nr. 263/08	Seite 52
12.	<u>Interpellation Meyer und Mitunterzeichnende: Auswirkungen HarmoS</u> <i>schriftliche Beantwortung</i>	Nr. 260/08	Seite 54
13.	<u>Interpellation Kunz: Lehrer Attacken an Krienser Schulen</u> <i>schriftliche Beantwortung</i>	Nr. 276/08	Seite 57
14.	<u>Interpellation Nyfeler und Mitunterzeichnende: "Lehrpersonenmangel?"</u> <i>schriftliche Beantwortung</i>	Nr. 283/08	Seite 60
15.	<u>Entscheid</u> elektronisches Abstimmungssystem		Seite 63

## Neueingänge

Nr. 287/08	<u>Postulat Nyfeler und Mitunterzeichnende: „Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern</u> <i>Eingang: 26.06.2008</i>
Nr. 288/08	<u>Postulat Baumann und Mitunterzeichnende: Ortsbus Kriens: Optimierte Angebote für Krienserinnen und Krienser</u> <i>Eingang: 26.06.08</i>
Nr. 289/08	<u>Postulat Nyfeler und Mitunterzeichnende: Offenlegung der Interessenbildung auch für den Gemeinderat</u> <i>Eingang: 27.06.2008</i>
Nr. 290/08	<u>Postulat Koch namens der SVP-Fraktion: Rettet die Krienser Kilbi! - Neue Zentrumsentwicklung nicht auf Kosten der Krienser Kultur, des Krienser Brauchtums und der Vereine!</u> <i>Eingang: 07.08.2008</i>
Nr. 291/08	<u>Interpellation Camenisch: Behinderung der Arbeit der Einbürgerungskommission (BRK) durch den Gemeinderat</u> <i>Eingang: 18.08.2008</i>
Nr. 001/08	<u>Bericht und Antrag: Voranschlag 2009</u>
Nr. 002/08	<u>Bericht und Antrag: Finanz- und Aufgabenplanung</u>
Nr. 003/08	<u>Motion Portmann und Mitunterzeichnende: Aufhebung der Erbschaftssteuern für Konkubinats- Partnerschaften</u> <i>Eingang: 05.09.2008</i>

- Nr. 004/08     Postulat Nyfeler und Mitunterzeichnende: Rad- und Fussweg im Gebiet Kunionimatt / Schweighof  
*Eingang: 05.09.2008*
- Nr. 005/08     Motion Baumgartner / Hauser und Mitunterzeichnende: Sichere Veloverbindungen Kleinfeld / Südpol  
*Eingang: 05.09.2008*
- Nr. 006/08     Motion Müller und Mitunterzeichnende: Sichere Veloverbindung Restaurant Obernau - Gewerbegebiet Renggloch (Garage Bolzern)  
*Eingang: 05.09.2008*
- Nr. 007/08     Postulat Baumgartner und Mitunterzeichnende:  
Förderung von umweltgerechtem & energiesparendem Bauen  
*Eingang 05.09.2008*

## 1. Mitteilungen

Bruno Bienz begrüsst die Anwesenden herzlich zur ersten Arbeitssitzung. Weiter begrüsst er Michi Graber von der Presse sowie Zuschauende auf der Tribüne.

Erich Tschümperlin hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt, da er geschäftlich verhindert ist. Daniel Piazza wird etwas später eintreffen.

Nachträglich gratuliert er dem jüngsten Mitglied Marco Achermann zu seinem 25. Geburtstag, welchen er am 6. September feiern konnte.

Die Kaffeepause ist ca. um 16.15 Uhr vorgesehen.

Helene Meyer-Jenni teilt mit, dass die Turbulenzen an den weltweiten Finanzmärkten Alle beschäftigen; Finanzfachleute, Politikerinnen und Politiker, Klein- und Grossanlegende und insbesondere auch Pensionskassenmitglieder. Im Sinne einer Kurzinformation macht sie folgende Mitteilungen zur aktuellen Lage der Pensionskasse Kriens:

### *1. Zu den Anlagen und den strukturierten Produkten der PKK*

Die Anlagen erfolgen aufgrund eines Anlagereglements. Bei den direkten Anlagen im Portefeuille der PKK befinden sich zurzeit zwei strukturierte Produkte. Bei den Anlagestiftungen und -fonds bei den drei Depotbanken der PKK (LUKB, CS und UBS) ist eine Anlage in strukturierten Produkten eingesetzt. Die Gesamtanlagen in strukturierten Produkten belaufen sich heute auf rund 0.9 % der Bilanzsumme der PKK per Ende 2007. In den Anlagestiftungen und -fonds der PKK befinden sich keine Aktien, Obligationen oder strukturierte Produkte der Lehman Brothers.

### *2. Zum Gesamtportefeuille der PKK*

Die turbulente Situation an den globalen Finanzmärkten wirkt sich selbstverständlich leider auch auf die Pensionskasse der Gemeinde Kriens aus, ist doch u.a. der Swiss Market Index

seit Ende des letzten Jahres um knapp 20 % von 8480 auf 6780 Punkte (Stand 24. September 2008) gefallen. Die Gesamtanlagen der PKK weisen demzufolge aktuell einen buchmässigen Verlust von ca. 6 % (entspricht ca. Fr. 6 Mio.) aus. Der Ende 2007 ausgewiesene und vom Pensionsversicherungsexperten bestätigte Deckungsgrad von 69.25 % ist heute auf rund 65 % gesunken.

Alle Pensionskassen sind gleichermassen mit den widrigen Auswirkungen der Finanzmärkte betroffen. Dies ist allerdings nur ein schwacher Trost, aber in Panik zu verfallen, wäre der falsche Ratgeber. Die PK-Verantwortlichen sichern Sorgfalt und Aufmerksamkeit zu.

### *3. Zum Ausfinanzierungs-Projekt*

Das Ausfinanzierungsprojekt steht nicht im Zusammenhang mit der aktuellen Finanzlage, ist aber seit längerer Zeit auch ein Thema. Der Gemeinderat – in Zusammenarbeit mit der Verwaltungskommission und der AG Ausfinanzierung – beabsichtigt einen Planungsbericht zur Behandlung an der Einwohnerratssitzung vom 18. Dezember 2008 vorzulegen.

Guido Solari informiert betreffend des elektronischen Abstimmungssystems. Ausgehend von der Motion von Rolf Bättig im letzten Jahr hat die Geschäftsleitung des Einwohnerrates beschlossen, dass heute ein Test mit einem elektronischen Abstimmungssystem durchgeführt wird. Er erklärt wie das elektronische Abstimmungssystem gehandhabt wird und führt ein praktisches Beispiel durch. Er weist darauf hin, dass die Gestaltung der Ansichte bei einer definitiven Version angepasst wird.

## **2. Vereidigung Kalt Mirjam**

Da Mirjam Kalt an der letzten Sitzung abwesend war, wird sie heute durch Bruno Bienz vereidigt. Der Sprecher bittet alle Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben und liest die Gelübdeformel vor.

Mirjam Kalt antwortet mit „*Das alles gelobe ich*“ und ist somit als offizielles Mitglied des Einwohnerrates aufgenommen.

Bruno Bienz wünscht Mirjam Kalt viele lehrreiche und interessante Momente im Krienser Parlament.

## **3. Protokoll Nr. 8 vom 15. Mai 2008 Protokoll Nr. 9 vom 26. Juni 2008**

Nachdem keine schriftlichen Änderungsanträge eingereicht wurden, werden die Protokolle Nr. 8 vom 15. Mai 2008 und Nr. 9 vom 26. Juni 2008 genehmigt und verdankt.

## 4. Bus-Vorstösse:

Bruno Bienz bittet, die Voten zu den jeweiligen Vorstössen so kurz wie möglich zu halten.

Heute werden die politischen Vorstösse das erste Mal nach der neuen Geschäftsordnung behandelt. Dies heisst, dass es um die Begründung der Vorstösse geht. Es ist die Frage zu klären, ob der Gemeinderat einen Auftrag für eine materielle Prüfung erhält oder nicht. Heute findet keine abschliessende, sachliche Diskussion über die Anliegen statt. Der Gemeinderat hat deshalb keine abschliessende Antworten „auf Lager“. Die Anträge des Gemeinderates, ob dieser gewilligt ist die Aufträge zu übernehmen oder nicht, sind ebenfalls auf dem Extranet aufgeschaltet. In der heutigen Übergangsphase können diese jedoch teilweise erst sehr kurzfristig zur Verfügung gestellt werden.

### 4.1 Postulat Baumgartner: Verbesserung des Busverkehrs Nr. 219/07

Werner Baumgartner nimmt zu allen vier Vorstössen gleichzeitig Stellung. Alle Vorstösse zielen auf eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und insbesondere auf schnellere Verbindungen zwischen Kriens und Luzern ab. Jeder, der den Bus Richtung Luzern benützt, weiss, dass dies eine sehr dringende Angelegenheit ist. Es ist wichtig, weil heute viele Menschen jeden Tag mehr Zeit in stehenden als in fahrenden Bussen verbringen und damit Kriens langfristig nicht attraktiv bleibt. Die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein sehr wichtiges Argument bei der Standortwahl; und das auch bei guten Steuerzahlern. Die Vorstösse nehmen im einen Fall Anliegen auf, die von der VBL selber aufgebracht wurden und die kleine Verbesserungen mit finanziell bescheidenem Aufwand erzielen sollen. Andere gehen weiter und sollen neue Möglichkeiten überprüfen, die den öffentlichen Verkehr beschleunigen und/oder verflüssigen sollen. Es geht hier nicht um grosse Würfe und auch nicht um Visionen. Diese sind zwar sehr willkommen aber nützen heute den Passagieren in den überfüllten Bussen nichts. Es geht hier um die Suche nach praktikablen Lösungen, die innert nützlicher Frist und mit einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Verhältnis umgesetzt werden können.

Die Vorstösse gehen in die Richtung wie es die meisten Parteien im Wahlkampf im letzten Frühling versprochen haben. Das Zitat der FDP „die FDP fordert eine funktionierende Mobilität“ hat den Krienserinnen und Kriensern in Aussicht gestellt, dass (Zitat) „der Verkehr auf der Hauptachse Luzern – Obernau flüssiger werden muss. Es sind für alle Verkehrsteilnehmer gute Lösungen zu schaffen.“ Weiter führt der Sprecher aus, dass sich alle einig sind, dass der gegenwärtige Zustand nicht gut ist. Die FDP fordert ausserdem „eine Entflechtung mit eigenen Spuren für Busse, Autos und Velos. Die FDP will, dass die Busse zuverlässig und pünktlich in die Stadt fahren können, dies darf aber nicht mit unverständlichen Behinderungen der Autos erreicht werden.“ Dies ist genau das, was auch die CVP/JCVP-Fraktion mit ihrem Vorstoss möchte. Sie wird bei der Umsetzung der Versprechungen helfen und fordert damit auch die FDP-Fraktion auf, die Postulate zu unterstützen.

Die Vorstösse versuchen teilweise Ideen mitzugeben in welche Richtungen sondiert werden soll und was allenfalls verbessert werden kann. Es soll hier um eine Art Gesamtüberblick gehen. Heute werden keine Massnahmen beschlossen, sondern dem Gemeinderat lediglich ein Auftrag erteilt. Die CVP/JCVP-Fraktion kann sich geschlossen hinter diese grundsätzlichen Anliegen stellen. Allerdings gibt es in der Fraktion teilweise Bedenken, wenn es darum gehen sollte, wieder an den Tempolimiten auf der Schachenstrasse zu basteln oder den Privatverkehr stark einzuschränken. Solche Massnahmen wären für einige nur schwer zu akzeptieren.

Schliesslich möchte Werner Baumgartner den Rat nochmals darauf aufmerksam machen, dass die Vorstösse zuerst lediglich geprüft werden und noch nicht umgesetzt. Hier kann man für einmal nichts verlieren, sondern nur gewinnen. Die Krienserinnen und Krienser werden dafür dankbar sein.

Cyrill Wiget bezieht sich ebenfalls auf alle vier Vorstösse. Er teilt mit, dass der Gemeinderat gerne bereit ist, dem Einwohnerrat folgende Berichte zu unterbreiten, um den Anliegen der Motionäre und der Postulanten der „Busvorstösse“ gerecht zu werden:

1. Einen Bericht über den Stand der Bearbeitung der neuralgischen Punkte auf der Obernauerstrasse. Dies zur Bearbeitung des CVP-Vorstosses, der aufgrund eines Berichtes der VBL eingereicht wurde.
2. Einen Bericht zur Variantendiskussion um einen Zusatzkurs bzw. um einen Expressbus als Ergänzung zur VBL-Linie Nr. 1. Integriert in diesen Bericht wird die bereits überwiesene Motion Bättig, die vorschlägt, über den Sonnenberg einen neuen Bus zu realisieren. Variante 2 beinhaltet den Vorstoss Morf der CHance 21, der die Umsetzung der Berichte „Agglo-mobil“ verlangt. Weiter wird ein Schnellbus über die Luzernerstrasse ohne Zwischenhalte gefordert. Variante 3 beinhaltet den Vorschlag von Pia Zeder. Dieser Vorstoss schlägt eine Umfahrung des Zentrums über die Schachen- und Amlehnstrasse vor. Gleichzeitig wird darin auf die Problematik hingewiesen, dass eine kantonale Radroute über dieselbe Strasse fährt und deshalb die Strasse nicht gleichzeitig den stärker werdenden Durchgangsverkehr aufnehmen kann.
3. In einem dritten Bericht ist die Beurteilung des Vorschlags von Martin Heini, SP, vorgesehen. Martin Heini schlägt vor, an der Eichwilstrasse eine zusätzliche Haltestelle einzurichten, um das Umsteigen von der Linie 1 auf den Bus Nr. 31 besser zu ermöglichen.

Cyrill Wiget verspricht, dass der Gemeinderat sofort an die Arbeit gehen wird, wenn die Vorstösse so überwiesen werden.

Martin Heini, namens der USK, äussert sich als erstes zu allen vier Vorstössen. Beim Busverkehr plant und baut der Kanton. Die Strategie, wie der Verkehr stattfinden soll, müsste aber die Gemeinde bringen. Alle vier Vorstösse sind nicht visionär und stützen keine Strategie. Ausserdem bringen sie langfristig keinen Nutzen, es sind reine Verbesserungs- und Optimierungsvorschläge. Alle Vorstösse wirken deshalb nicht überzeugend und finden nicht volle Unterstützung.

Gemäss Alexander Wili kann die liberale Fraktion, was Verbesserungen betrifft, unterstützen. Die VBL muss aber auch ihren Beitrag leisten. Dies ist der Grund, wieso die FDP-Fraktion gegen eine Überweisung der Vorstösse ist.

Toni Bründler führt aus, dass es mit den vier Vorstössen sicherlich gut gemeint ist, um das Verkehrsproblem in Kriens in den Griff zu bekommen. Ihm ist aber aufgefallen, dass diese nicht visionär sind und dass man den öffentlichen Verkehr gegenüber dem Normalverkehr ausspielen möchte. Er möchte in Erinnerung rufen, dass man betreffend dem Schnellbus Schachen-/Amlehnstrasse durch die Vergangenheit eingeholt wurde. Er fragt sich, was ein

Schnellbus nützt, wenn dieser im Stau stecken bleibt. Die SVP-Fraktion sieht das Ganze als gut gemeint, aber auch als „Pfläscherlipolitik“ und wird deshalb die Vorstösse nicht überweisen.

Gemäss Martin Heini sind die vier Vorstösse für die SP-Fraktion keine grossen Würfe, aber kleine notwendige Verbesserungen. Diese sind nützlich, sinnvoll und teils auch die logische Konsequenz aus geschaffenen Fakten. Auch teils ohne quantifizierbare Nutzen sind diese absolut notwendig zu prüfen und durch Fachleute zu beurteilen.

Analogie:

- Bund und Kantone bauen Strassen im Wissen, dass durch die Nutzung dieser andere Sachzwänge und Seiteneffekte ausgelöst werden.
- Die Bahn baut gewaltig aus im Wissen, dass ihre Zukunft bereits begonnen hat. Für Kriens ist der Bus der Lebensnerv der öffentlichen Mobilität.

Wenn die Vorstösse nicht einmal zur Prüfung überwiesen werden, wird gegenüber der vorher erwähnten Analogien sehr konträr gehandelt. Es wird die eigene und einzige ÖV-Ader demonstert und man handelt damit sehr unverantwortlich. Die sich abzeichnenden Tendenzen der Zukunft dürfen nicht einfach ignoriert werden. Diese Tendenzen zeigen nicht mehr den Personenwagen im Mittelpunkt. Man soll bereit sein, etwas zu wagen; notabene wenn es andere Gemeinden und Regionen auch schon so gemacht haben.

Die Forderungen des vorliegenden Postulates sind logische Konsequenzen infolge längerer Busse und neuen Erkenntnissen von VBL-Fachleuten. Verbesserungen sollten schon fast eine Selbstverständlichkeit sein. Kriens soll zudem den Kanton ermuntern, die Lichtsignalanlage Stämpfeli endlich zu realisieren. Die vom Bus und vielen Obernauern befahrene Strecke Hergiswaldstrasse - Obernauerstrasse soll als Hauptader betrachtet werden. Dies ist ein wichtiger Punkt, um den Korridor „Stämpfeli – Busschleife“ für alle flüssig zu halten.

Die SP-Fraktion ist einstimmig für Überweisung.

Räto Camenisch hält fest, dass Kriens die grösste Schweizer „Stadt“ ohne Bahnanschluss ist. Kriens steht vor einem Verkehrsscherbehaufen. Wenn man die Verkehrsplanung des Kantons anschaut, ist Kriens einfach ein weisser Fleck und das ist eine absolute Frechheit. Im Verkehrskonzept steht, dass Bahnverbindungen unterirdisch erfolgen sollten, dies stimmt aber so nicht. Die Variante wurde nie geprüft, Kriens ist es nicht Wert gewesen. Kriens ist mit rund 26'000 Einwohnern grösser als z.B. Sachseln oder Giswil. Seiner Meinung nach, soll man keine Pfläscherlipolitik betreiben.

Susanne Lanz führt aus, dass es bei dem Postulat darum geht, zu überprüfen. Sie möchte allen ans Herz legen, die Chance zu packen. Sie fährt regelmässig mit dem Fahrrad und weiss, dass die Situation prekär ist. Es liegt in der Verantwortung des Einwohnerrates, dies in Angriff zu nehmen und bittet, dies zu überdenken und das Postulat zu überweisen.

Werner Baumgartner erläutert, dass Visionen erst ca. in 10 Jahren helfen. Der Verkehr sollte aber so bald wie möglich verbessert werden. Er schlägt vor, dass der letzte Satz seines Postulates wie folgt abgeändert wird: „Wir fordern den Gemeinderat auf, die Umsetzung der entsprechenden Massnahmen zu prüfen.“



Alexander Wili stimmt dieser Abänderung zu.

Gemäss Cyрил Wiget wird sich der Gemeinderat erst inhaltlich dazu äussern, wenn er den Auftrag erhalten hat und wird danach mit dem Kanton und den Träger des ÖV zusammensitzen und Lösungen suchen.

Patrick Koch stellt fest, wenn der Gemeinderat einen Bericht erarbeitet und dieser dem Einwohnerrat vorlegt, kann dann am Bericht nicht viel geändert werden. Er bittet daher, genau zu überlegen, wie man abstimmt.

Martin Heiz bittet, den jeweiligen Voten gut zuzuhören. Toni Bründler hat mitgeteilt, dass die SVP-Fraktion beantragt, die vier Postulate nicht zu überweisen.

**Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 23:11 Stimmen überwiesen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef	x		
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René	x		
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	23	11	

## 4.2 Postulat Morf namens der CHance 21: Die Zeit ist reif für einen Schnellbus (eingereicht als Motion) Nr. 220/07

Gemäss Martin Heini hat die USK den Vorstoss behandelt und ist mit 3:2 Stimmen für Überweisung des Postulates. Da die Umsetzung schwierig ist, wird eine Prüfung durch Fachleute nötig.

Da keine weitere Wortmeldungen verlangt werden, teilt Martin Heini namens der SP-Fraktion mit, dass die Idee betreffend einem Schnellbus tatsächlich nicht neu ist. Schon in der Lösungsfindung innerhalb der Arbeitsgruppe „mobiles kriens“ hat man als Massnahme auf einen Expressbus mit Durchfahrt an vielen Stationen hingewiesen. Schon damals kamen Fachleute auf verschiedene Möglichkeiten in Bezug auf Fahrplan, Fahrstrecke und Organisation des Expressbusses. Es ist durchaus eine zu prüfende Alternative.

Die SP-Fraktion ist einstimmig für Überweisung des Postulates.

### **Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 24:10 Stimmen überwiesen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef	x		
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René	x		
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	

Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	24	10	

### 4.3 Postulat Heini und Mitunterzeichnende: Entlastung Bus 1 ab Grosshof mit Bus 31 (eingereicht als Motion) Nr. 227/07

Gemäss Martin Heini begrüsst die USK das Anliegen grundsätzlich, doch auch hier wird der Effekt in Frage gestellt. Eine Verlagerung der Frequenzen bringen nur Passagiere mit dem Ziel Kasernenplatz oder Richtung Emmenbrücke etwas.

Nachdem keine weitere Wortmeldungen verlangt werden, informiert Martin Heini weiter namens der SP-Fraktion. Die Busse Nr. 1 und Nr. 31 fahren ab Grosshof bis Pilatusplatz auf derselben Linie. Es macht also Sinn, die freien Kapazitäten auf dieser Strecke zu nutzen. Wenn das Angebot bestünde, könnten sich die Leute durchaus auf den ¼-stündigen Takt des 31ers abstimmen. Die unterschiedlichen Takte sind kein Hindernis. Die Bushaltestelle vor der Ampel könnte heute schon gut erreicht werden. Das Angebot richtete sich vor allem auf die Fahrgäste aus dem Gebiet Kupferhammer und umliegende, also jene, welche meist überfüllte 1er-Busse antreffen.

Die SP-Fraktion ist einstimmig für Überweisung.

#### Abstimmung:

Das Postulat wird mit 24:10 Stimmen überwiesen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef	x		
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René	x		
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		

Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	24	10	

#### 4.4 Postulat Zeder und Mitunterzeichnende: Expressbus über die Schachen- und Amlehnstrasse (eingereicht als Motion) Nr. 237/07

Susanne Lanz nimmt als Vertreterin von Pia Zeder Stellung zum vorliegenden Postulat. Dieses beschreibt bereits sehr ausführlich, warum es den Postulanten geht. Es ist bei der jetzigen prekären Situation offensichtlich, dass der Schnellbus den heutigen Knoten umfahren muss. Und dies wiederum ist nur sinnvoll, wenn der motorisierte Verkehr eingeschränkt wird. Diesbezüglich sind flankierende Massnahmen – sprich die Beruhigung der Schachen- und Amlehnstrasse, die den Velofahrenden und den Quartierbewohnerinnen und –bewohner zu gute käme – unausweichlich. Die Beruhigung des Privatverkehrs wird die Situation sowohl für Fussgänger und Fussgängerinnen, Velofahrer und Verlofahrerinnen aber auch für die Quartierbewohner und Quartierbewohnerinnen stark verbessern. Würden solche zusätzlichen Massnahmen nicht umgesetzt, würde sich die Situation für diese Gruppen massiv verschlechtern.

Um den ÖV und die schwächsten Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen zu stärken, bittet sie, das Postulat zu überweisen.

Martin Heini informiert namens der USK, dass ein Expressbus wie beim Postulat der CHance 21 skeptisch betrachtet wird. Es wurde über die Führung über die Schachen- / Amlehnstrasse diskutiert, was als machbar angesehen wird. Die flankierenden Massnahmen werden als unnötig angesehen. Auch hier möchte ein Grossteil der USK den Individualverkehr nicht beschränkt oder behindert wissen. Einschränkend ist der behördenverbindliche Verkehrsrichtplan, der allenfalls, gemäss einiger der Ablehnenden in der USK, angepasst werden müsste. Die USK lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Alexander Wili beantragt namens der FDP-Fraktion, das Postulat nicht zu überweisen, da es sich beim Absatz 2 des Postulates (fettgedruckt) um einen Antrag und nicht um eine Begründung handelt. Dieser ist unhaltbar. Absatz 1 (fettgedruckt) wurde bereits mit dem Vorstoss von Gilles Morf gefordert.

Susanne Lanz bemerkt, dass ein Schnellbus weniger Haltestellen hat. Bei der Schachen- und Amlehnstrasse wird es eng, die Velofahrer brauchen auch ihren Platz. Bei dem Postulat geht es lediglich um eine Überprüfung. Bei einem Bericht und Antrag kann man dann darüber diskutieren.

**Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 15:19 Stimmen abgelehnt.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor		x	
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Erni Roger		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander		x	
Total	15	19	

**5. Postulat Piazza: Optimierung der Früherkennung und Prävention bei Erziehungsschwierigkeiten Nr. 241/08**

Gemäss Daniel Piazza war der Ursprung dieses Vorstosses ein Gespräch mit mehreren Vertreterinnen und Vertreter der Krienser Schulen. Diese haben eindrücklich aufgezeigt, dass es manchmal schon zu spät ist, wenn Kinder in die 1. Klasse eintreten. Bei den einen Kids sind es Probleme mit der Sprache, andere haben, zum Teil mangels Bewegung, Probleme mit Übergewicht oder der Körperkoordination und wieder andere haben Mühe, sich sozial einzugliedern usw. So hat er sich weiter informiert, da er nicht auf praktische Erfahrung in der Erziehung von Kindern zurückgreifen kann. Schnell hat sich gezeigt, dass es am besten ist, wenn man die Eltern so gut wie möglich unterstützt. Musste die heutige Grosselterngeneration z.B. noch den Umgang mit dem Medium Fernseher festlegen, wird von den jetzigen Eltern die Regelung des Gebrauchs von Handy, iPod, Internet, Computerspielen und noch einigem mehr abverlangt. Einige Eltern sind verunsichert. Die meisten Eltern sind froh, wenn sie in Erzie-

hungsfragen Unterstützung z.B. in Form von Beratung, Schulung oder auch Vorträgen bekommen.

Das Postulat der JCVP hat zwei Anliegen:

- Man möchte den Gemeinderat auffordern, zu prüfen, ob das bereits bestehende Angebot an Schulung und Beratung für Eltern mit Kinder in Kriens in der heutigen Form den Bedürfnissen und Anforderungen entspricht oder ob es allenfalls Optimierungspotenzial gibt.
- Man möchte beim Gemeinderat konzeptionelles Schaffen auslösen. So ist in der heutigen Organisation nicht ganz klar, wer sich um die Anliegen der Eltern in Erziehungsfragen kümmert. Dies zeigten auch die Unsicherheiten in Bezug auf die Zuständigkeiten hinsichtlich der Behandlung des Vorstosses. Ganz generell müssen die drei Themen Kind, Jugend und Familie möglichst optimal koordiniert werden. Langfristig wäre eine engere Verknüpfung dieser Bereiche wünschbar, wie es in einigen grösseren Gemeinden in Luzern bereits umgesetzt wird.

Er würde sich freuen, wenn sein Vorstoss unterstützt wird, damit der Gemeinderat nach Optimierungsmöglichkeiten suchen kann, um einer ganz zentralen Gruppe der Gemeinde – den Familien – die benötigte Hilfe bieten zu können.

Helene Meyer-Jenni führt aus, dass der Gemeinderat die Einschätzung teilt, dass es sehr sinnvoll und wirksam sein kann, wenn Erziehungsschwierigkeiten früh erfasst werden und mit notwendiger Unterstützung dazu beigetragen werden kann, dass Erziehende sicherer werden im Umgang mit ihren Aufgaben. In einer ersten kurzen Betrachtung geht der Gemeinderat davon aus, dass es nicht in erster Linie neue Stellen und Angebote braucht, sondern die vorhandenen Hilfestellungen gut miteinander koordiniert und allenfalls angepasst werden müssen. Vor allem im Vorschulalter hat die Gemeinde (vorerst) nur beschränkt Handlungsspielraum. Mit einer frühen Einschulung (Kindergarteneintritt = Schuleintritt) und einer guten, sorgfältigen Betreuung von Kindern (unter Einbezug ihrer familiären Situation) können so viele präventive Ansätze genutzt und Verschärfungen von Auffälligkeitsmustern vorgebeugt werden. Die Prüfung der aktuellen Situation für Eltern bei Erziehungsschwierigkeiten ist eine Seite der Medaille, Massnahmen anschliessend einleiten und Verbesserungen erzielen zu können, ist die andere Seite. Die kann sowohl finanzielle als auch personelle Ressourcen benötigen.

Der Gemeinderat empfiehlt, das Postulat zu überweisen, im Sinne der Stärkung der Kinder und der Erziehenden und damit der Gesellschaft.

Gemäss Roger Erni findet die FDP-Fraktion zusammen mit der Groupe politique 60+ das Postulat zu allgemein und zu umfassend und sind deshalb für Ablehnung des Postulates. Einige Aufgaben sind Sache der Eltern.

Daniel Piazza ist ebenfalls der Meinung, dass die Erziehung Elternsache bleibt. Es geht mehr darum, dass Eltern Angebote vorfinden und nicht darum ein ganzer Katalog zu erstellen. Der Auftrag soll lediglich geprüft werden.

Daniel Betschart, namens der SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass die Kindererziehung in der Verantwortung der Eltern liegt. Es gibt Schuldienste mit breitgefächerten Angeboten, welche Unterstützung bieten.

Judith Luthiger führt aus, dass die SP-Fraktion das Prüfen der Fragen voll und ganz unterstützt. Es bestehen schon einige sehr wertvolle Angebote in Kriens, z.B. die Mütterberatungsstelle, Beratungsstelle Kontakt, die Schulsozialarbeiterinnen, Kinderärzte, Beratungsstelle für Migrationsfragen usw.

Es gibt vier wichtige Gesichtspunkte, die bei einer Prüfung berücksichtigt werden müssten. Die Prüfung müsste vor allem in puncto Qualität und Lückenlosigkeit der Angebote gemacht werden. Ebenso wichtig ist die Vernetzung zwischen den einzelnen Stellen. Es passiert immer wieder, dass unkoordinierte Absprachen passieren. Als Lehrerin erfährt die Sprecherin immer wieder die wichtige Unterstützung und Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen. Diese gilt es zu stärken und gut zu vernetzen. Wichtig ist auch die Niederschwelligkeit solcher Angebote. Eine Erziehungsberatungsstelle für Eltern (nicht nur für Eltern mit Kleinkindern) könnte tatsächlich ein Beitrag zur Prävention sein und soll darum geprüft werden. Leider gibt es heute vermehrt Eltern, die ihre Erziehungspflichten nicht mehr wahrnehmen wollen oder können. Sie wagt sogar zu behaupten, dass Kriens als Wohnort durch transparente, gut vernetzte Angebote an Attraktivität für Familien gewinnen kann. Denn gut vernetzte Angebote nützen nichts, wenn die Krienserinnen und Krienser sie nicht kennen. Hier ist wirklich noch Handlungsbedarf. Sie erinnert sich noch gut an die Situation, als sie vor 13 Jahren mit ihrem Mann und einem Baby nach Kriens zog. Sie musste zuerst mühsam nachfragen, wo sie welche Informationen bekommen konnte. Im Gespräch mit anderen Müttern im Quartier hat sie dann viele Informationen erhalten. Sie fragt sich, was Mütter tun, die eher zurückgezogen leben oder die Sprache nicht so gut sprechen.

Die SP steht einstimmig für Überweisung des Postulates ein.

Susanne Lanz findet es wichtig, dass man überprüft, was an Angeboten vorhanden ist. Sie hat Mühe damit, wenn man davon redet, dass Eltern in der Erziehung geschwächt werden, wenn das Postulat überwiesen wird. Es gibt hier nicht nur Schweizer Familien und solche mit einem Verdienenden. In Kriens gibt es ca. 100 verschiedene Nationen mit unterschiedlichen Bildungsniveaus. Es geht darum, dass allen den Zugang ermöglicht wird. Langfristig kommt es günstiger, wenn man Problemkinder früh erfasst. Sie bittet deshalb, das Postulat zu unterstützen.

Nach der Meinung von Monika Marbacher geht es um Verbesserungsmöglichkeiten und um die Prüfung, ob die Koordinationen stimmen. Sie erinnert daran, dass es in Kriens verschiedene Möglichkeiten gibt, sich zu beraten. Es soll nur geprüft werden, ob die Angebote genügen oder nicht.

Gemäss Robert Thalmann wird das Postulat durch die SVP-Fraktion abgelehnt. Es ist unnötig, das Anliegen zu überprüfen und der Verwaltung damit einen Auftrag zu erteilen.

Werner Baumgartner war zuerst skeptisch. Er selber hat keine Kinder und hat deshalb Eltern nach der Situation gefragt und ist dem Ratschlag der Fraktion gefolgt. Anlaufstellen sind vorhanden.

Nicole Nyfeler ist der Ansicht, dass die Erziehung in der Hauptverantwortung der Eltern liegt. Sie kennt leider viele Kinder, welche die Ressourcen zu Hause nicht abholen können und welche externe Hilfe brauchen. Sie findet es wichtig, dass es Beratungsstellen gibt (Schulsozialarbeit, Contact usw.). Es ist auch wichtig, dass diese einfach zugänglich sind, auch für ältere Eltern. Sie ist der Ansicht, dass man schon bei kleinen Kindern mit Prävention anfangen müsste. Die Überweisung des Postulates bedeutet für sie auch Prävention für später.

Kathrin Graber verweist auf den letzten Satz des Vorstosses, bei welchem es um Optimierungsmöglichkeiten geht. Sie versteht nicht, was man dagegen haben kann. Sie stellt fest, dass die SVP nicht mehr in Opposition ist und dass diese gegen den ÖV und die Unterstützung von Familien sind. Wenn Probleme auftauchen wird jedoch sofort interveniert. Sie fordert auf, das Postulat zu überweisen und die Massnahmen zu überprüfen.

Roland Burkhardt ist der Meinung, dass man nicht immer wieder neue Projekte aufgleisen soll, bei welchen schlussendlich nicht viel mehr herauschaut. Er spricht aus Erfahrung. Bei Einzelfällen ist die nötige Unterstützung da und es braucht keine neue Institutionen. Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich dagegen und ist keine Oppositionspartei. Man soll nichts unnötig prüfen.

Daniel Piazza teilt mit, wenn die Kinder in der Schule sind, dass die Schuldienste Anlaufstelle bei allfälligen Problemen sind. In der Zeit vor der Schule muss man Probleme auch schon anpacken. Probleme sollten an den Wurzeln gepackt werden. Kosten und Nutzen sollen selbstverständlich im Verhältnis stehen. Es sind doch eine stattliche Anzahl Personen, welche Hilfe brauchen.

Räto Camenisch stellt fest, dass die CVP nach links abrutscht. Die SVP möchte weniger die Verwaltung einbeziehen, die Verantwortung sollte vermehrt beim Bürger liegen. Sie ziehen dies durch und das hat nichts mit Opposition zu tun sondern mit klaren Linien.

Gemäss Joe Brunner verlangt das Postulat Prävention. Prävention ist ein Vorbeugen bevor es zu spät ist. Wer Hilfe braucht, soll sie erhalten. Damit werden Folgekosten gesenkt und dies ist nachhaltig für Kriens. Daher empfiehlt er, das Postulat zu überweisen.

Nicole Nyfeler weist darauf hin, dass es Agglo-Gemeinden gibt, bei welchen das Sozialamt eine persönliche Beratung anbietet oder junge Familienberatungen führen. In Kriens gibt es dies nicht. Daher ist sie dafür, dass man die Angebote in Kriens überprüft.

Christine Kaufmann ist der Meinung, dass man das Postulat überweisen soll. Sie ist selber Mutter und erlebte, dass Familien Probleme bei der Erziehung haben und findet es deshalb wichtig, dass diese eine Anlaufstelle erhalten.



Johanna Dalla Bona beantragt, über die Überweisung des Postulates abzustimmen, da die Diskussion nun zu fest ins Detail geht.

Helene Meyer-Jenni fügt ergänzend zu Daniel Piazzas Ausführungen hinzu, dass die Schuldienste erst mit dem Schuleintrittsalter (= Kindergarten) in Anspruch genommen werden können und die Schulsozialarbeit erst in der Primarstufe zur Verfügung steht.

Erziehungsschwierigkeiten sind meist konkret, handfest und beschränken sich nicht auf Minoritäten. Dies ist oftmals eine Fragestellung, welche sehr beschäftigt. Sie stellt fest, dass eine gute Erziehung viele Probleme löst. Eine gute Erziehung ist eine gesellschaftliche und politische Forderung. Verantwortungsvolle Eltern soll man unterstützen. Es sind nämlich diese, welche sich Informationen und Inputs holen, wenn sie spüren, dass sie nicht mehr weiterkommen.

**Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 16:18 Stimmen abgelehnt.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Erni Roger		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander		x	
Total	16	18	

## 6. Postulat Morf: Sonnenberg für alle (eingereicht als Motion)

Nr. 244/08

Matthias Senn hält fest, dass der Postulant richtigerweise feststellt, dass die im Jahre 1902 eröffnete Sonnenbergbahn nicht behindertengerecht gebaut ist. Trotzdem beantragt der Gemeinderat die Nicht-Überweisung des Postulates.

Die Gemeinde Kriens und die Sonnenbergbahn AG als Anlagebesitzerin und Betreiberin sind nicht verpflichtet, die Sonnenbergbahn behindertengerecht umzubauen. Die bahntechnische Gesamtanierung ist abgeschlossen und die Verlängerung der Betriebsbewilligung für die nächsten 20 Jahre wurde durch das Bundesamt für Verkehr erteilt. Der Originalzustand der Bahn ist soweit als möglich zu erhalten, da sie unter Denkmalschutz steht. Eine Verbreiterung der Türen der Kabinen würde die historische Bausubstanz verändern. Die Realisierung einer Treppenliftanlage wäre mit hohen und kaum verhältnismässigen Kosten verbunden.

Der Gemeinderat beantragt Nicht-Überweisung, weil er der Meinung ist, dass sich an der Beurteilung der Situation nichts ändert, wenn noch schriftliche Stellungnahmen der Denkmalpflege sowie Offerten für bauliche und betriebliche Anlagen eingeholt werden und diese in einem Bericht zusammengefasst werden. Selbstverständlich misst der Gemeinderat der behindertengerechten Zugänglichkeit von öffentlichen Bauten und Anlagen eine grosse Bedeutung zu. Bei Neubauten ist behindertengerechtes Bauen Pflicht. Bei bestehenden Gebäuden und Wegen werden immer wieder Verbesserungen realisiert, wo dies möglich und sinnvoll ist, wie aktuell im Gemeindehaus.

Gemäss Robert Thalmann lehnt die SVP-Fraktion das Postulat ab. Erstens besteht juristisch kein Anspruch für kinderwagen- und rollstuhltaugliche Zugänge in Bahnen und zweitens wurde die Bahn erst vor wenigen Jahren für rund 1 Million Franken aufgerüstet und umgebaut. Das Anliegen kommt also verspätet. Es darf überdies davon ausgegangen werden, dass damals das vorliegende Anliegen sicherlich auch geprüft wurde. Ausserdem gehört die Anlage nicht der Gemeinde, weshalb der Gemeinderat nicht zu irgendetwas verpflichtet werden kann. Abschliessend weist er darauf hin, dass die Forderung wahrscheinlich viel Geld kostet. Das Budget 2009 wird ohnehin sehr eng werden, zumal die von der SVP verlangte Steuersenkung zwingend im Budget berücksichtigt werden muss. Da wird es für „nice to have-Projekte“ absolut keinen Platz haben.

Jennifer Maldonado führt namens der SP-Fraktion aus, dass die familienfreundliche Sonnenbergbahn eine tolle Bahn für jedermann und jedes Wetter ist. Aus diesem Grunde soll die Attraktivität mit den Leistungsverbesserungen ausgeglichen werden. Es gibt jedoch zu Bedenken, ob die Bahn nur eine Schön-Wetter-Bahn ist. Wenn die Sonnenbergbahn ihr Angebot für alle erweitern möchte, sollten gewisse Überlegungen gemacht werden, wie z.B. die Fahrzeiten. Man muss überlegen, ob die Bahn nur in den warmen Monaten nutzbar sein soll oder ob die Fahrzeiten ausgedehnt werden sollen. Damit verbunden wäre auch die Frage betreffend mehr Personal. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass die Sonnenbergbahn weiterhin für alle attraktiv bleiben soll und besteht deshalb darauf, dass das Postulat überwiesen werden soll.

Nicole Nyfeler erklärt, dass die Rollstuhlzugänglichkeit grundsätzlich technisch möglich wäre. Es kommt aber darauf an, wie viel es kostet. Juristisch besteht kein Anspruch, moralisch aber

ist der Anspruch betreffend Rollstuhl hier. Falls das Postulat überwiesen wird, bittet sie den Gemeinderat zugleich, die WC-Anlagen an der Tal- sowie Bergstation zu prüfen.

**Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 6:26 Stimmen abgelehnt.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner		x	
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor		x	
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Erni Roger		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin		x	
Hauser-Roos Bernadette		x	
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam			x
Kaufmann-Wolf Christine		x	
Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne			x
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika		x	
Müller-Huber Ursula		x	
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel		x	
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander		x	
Total	6	26	

**7. Motion Hug: Verzicht auf Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes** **Nr. 245/08**

René Hug erklärt, dass seine Motion Bezug auf die Beantwortung der Interpellation Koch nimmt. In der Beantwortung zur Interpellation Koch betreffend „Unverhältnismässige Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes“ hat der Gemeinderat informiert, dass er die Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Parkplätze Allenwinden / Buurestübli, Schiessstand Stalden, Holzerbödeli und Schloss Schauensee prüft. Grundsätzlich kann aus folgenden Gründen eine Parkplatzbewirtschaftung betrieben werden:

- Gebühr des Autolenkers an die Erstellungs- und Unterhaltungskosten des Parkplatzes, auch in Betracht der Verhältnismässigkeit (Aufwand – Kosten)
- Lenkungsmassnahmen für Verzicht auf Fahrten oder umsteigen auf ÖV / Velo

Diese Argumente gelten nicht für eine Parkplatzbewirtschaftung der angegebenen Parkplätze. Betrieb und Kontrolle einer Bewirtschaftung auf unregelmässig frequentierten Parkplätzen können kaum kostendeckend sein. Ein Ertrag bei den sehr hohen Investitionen wäre nur mit hohen Parkgebühren möglich. Er fragt sich, was dann mit dieser unverhältnismässigen Massnahme gelenkt werden sollte. Die Gesundheitsbehörden unternehmen schweizweit grosse Anstrengungen, dass sich die Bevölkerung mehr bewegt und die Gemeinde Kriens versteht dies zu verhindern. Personen, die einen Parkplatz im Grünen aufsuchen, spazieren, wandern, walken oder joggen in den Erholungsräumen am Berg. Soll die Gebühr eine Lenkungsmassnahme gegen die Fitness sein oder gar gegen ein gutes Image der Gemeinde Kriens?

Dem Gemeinderat wird beantragt, auf die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes zu verzichten. Aufgrund der Begründung des Gemeinderates betreffend Nicht-Überweisung beantragt der Sprecher, der letzte Absatz der Motion betreffend Parkplätze Zuanacher und Grossfeld zu streichen. An der Motion und dem fettgedruckten Antrag möchte er aber festhalten.

Gemäss Cyrell Wiget hat René Hug eine sehr gute Auslegeordnung gemacht. Im Legislaturprogramm hat der Gemeinderat selber die Prüfung einer weiteren Parkplatzbewirtschaftung vorgeschlagen. In einer Prüfung ist festzustellen, ob eine solche in den genannten Gebieten sinnvoll ist oder nicht. Wenn die Motion als Postulat überwiesen wird, kann die inhaltliche Prüfung erfolgen.

Der Gemeinderat kann den Vorstoss nicht als Motion übernehmen. Es muss weiterhin an einer Parkplatzbewirtschaftung festgehalten werden. Andere Gemeinden kennen die Aufteilung Siedlungsgebiete und nicht Siedlungsgebiete nicht. Bisher gab es keine Partei und keine Gruppierung im Einwohnerrat, die dem Gemeinderat den Auftrag erteilt hätte, Liegenschaften den Erholungssuchenden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Auch das Verursacherprinzip hat man mittlerweile in den meisten Gebührenregelungen gesetzlich verankert und ist politisch breit abgestützt. Eine Untersuchung durch das UVEK hat gezeigt, dass bei publikumsintensiven Einrichtungen eine bescheidene Gebühr unnötige Fahrten verhindert. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Parkplatzbewirtschaftung ein geeignetes Mittel ist, um unnötiges Verkehrsaufkommen einzuschränken. Bis jetzt hat jede Partei im Einwohnerrat betont, dass zu den Naherholungsräumen Sorge zu tragen sei. Weshalb dies jetzt plötzlich nicht mehr gelten soll, kann der Gemeinderat nicht nachvollziehen.

Deshalb steht der Gemeinderat weiterhin zu seiner Haltung, wie er sie bereits bei der Einführung des Parkplatzreglements vertreten hat. Ganz klar aber soll so etwas nur eingeführt werden, sofern ein Minimum an Wirtschaftlichkeit garantiert ist und nur in jenen Fällen und an jenen Orten, wo dem Ziel, nämlich dem Schutz der Bevölkerung vor übermässigen Emissionen, nachgelebt werden kann.

Er bittet die Motion als Postulat zu überweisen, damit aufgezeigt werden kann, ob es Einrichtungen gibt, welche bewirtschaftet werden sollen oder nicht.

Patrick Koch informiert, dass die SVP Ende 2007 eine Interpellation zur geplanten, unverhältnismässigen 1-Fränkler-Barriere eingereicht hat. Schnell hat die SVP erkannt, dass der Gemeinderat beabsichtigt, die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes auf das ganze Gemeindegebiet auszudehnen. Aufgrund dieser geplanten Schikane gegen autofahrende und steuerzahlende Mitbürgerinnen und Mitbürger hat sich die SVP entschlossen, dieses Ansinnen des Gemeinderates mit einer Volksinitiative zu bekämpfen. 1'286 Krienserinnen und Krienser aus sämtlichen politischen Lagern unterstützten das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift. Die SVP ist vom Erfolg der Unterschriftensammlung überwältigt. Erfreut ist die SVP darüber, dass auch für die FDP die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes nicht das „Ei des Kolumbus“ ist und sich mit der vorliegenden Motion dagegen ausspricht.

Für die SVP ist es bedenklich, wenn der Gemeinderat schreibt, dass bei einer Parkplatzbewirtschaftung die Amortisation von Investitionskosten grundsätzlich nicht im Vordergrund steht. Nur schon das Erstellen der 1-Fränkler-Barriere beim Familiengartenareal Oberstudenhof würde Investitionskosten von Fr. 25'000.00 verschlingen. Ähnliche Investitionen wären auf den unregelmässig frequentierten, gemeindeeigenen Parkplätzen Allenwinden/Burestübli, Schiessplatz Stalden, Holzerbödeli und Schloss Schauensee von Nöten. Kommt hinzu, dass diese Parkplätze in einem anderen Masse als heute von der Gemeinde unterhalten werden müssten. Weiter müssten Parkplatzgebührenkontrollen durchgeführt werden. Man stelle sich einen Parkwächter vor, der am Wochenende die genannten, entlegenen Parkplätze abfährt, um die Wanderer, Sporttreibenden und Pilzsammler mit Bussenzetteln zu beglücken, vermutlich wird er dies mit dem Fahrrad machen. Die Investitions- und Unterhaltskosten von mehreren zehntausend Franken für Parkuhren und 1-Fränkler-Barrieren stehen in keinem Verhältnis zu deren Ertrag. Die Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes ist schlussendlich nichts anderes als eine von den Linken geforderte Lenkungsabgabe. Denn die Folgen wären umweltbelastender Parkplatzsuchverkehr und dies führt zum Ärgernis der betroffenen Anwohnerschaft.

Die SVP bedankt sich beim Gemeinderat für das zur Verfügung-Stellen des Protokollauszuges der Gemeinderatssitzung vom 17. September 2008 zu diesem Thema. Die Beantwortung der Motion durch das Umwelt- und Sicherheitsdepartement trägt auch den unverkennbaren, grünen Daumenabdruck der Verantwortlichen dieses Departementes. In der Begründung wird denn auch wieder tüchtig über die Autofahrer hergezogen. Die „Experten“ des Umwelt- und Sicherheitsdepartementes ziehen gerne die bewirtschafteten Parkplätze im Eigenthal als Paradebeispiele heran. Die Parkplätze Gantersei werden jedoch nur am Wochenende bewirtschaftet und dies für bescheidene Fr. 3.00 pro Tag. Das Parkieren von Montag bis Freitag ist somit gratis, wie die Verantwortlichen von Pro Eigenthal mitgeteilt haben. Er fragt sich, ob das Eigenthal, wo intensiv Wintersport betrieben wird, mit den Krienser Verhältnissen verglichen werden kann. Weiter ist das USD der Meinung, dass die Naherholungsgebiete um Kriens mit diversen Transportmitteln (Luftseilbahn, Standseilbahn, Postauto) erschlossen sind. Das letzte Postauto, beispielsweise, verlässt Luzern in Richtung Eigenthal um 16.50 Uhr. Es macht ganz den Anschein, dass der Gesamtgemeinderat seine Meinungsbildung nur aufgrund dieser einseitigen, autofeindlichen Stellungnahme des USD vorgenommen hat. Für die SVP-Fraktion stellt sich hier die Frage, ob es im Gemeinderat überhaupt zu einer sachlichen Diskussion gekommen ist.

Die SVP ist einstimmig für die Überweisung der vorliegenden Motion.

Gemäss Kathrin Graber tritt die CVP/JCVP-Fraktion klar für eine Parkplatzbewirtschaftung innerhalb des Siedlungsgebietes ein. Ende 2006 und damit erst kürzlich hat der Einwohnerrat

das Reglement über die Gebühren für das Parkieren auf öffentlichem Grund genehmigt. Daher ist man in der Fraktion grundsätzlich zurückhaltend, bereits jetzt wieder Einschränkungen vom Grundsatz, dass öffentlicher Grund nicht gratis benutzt werden kann, vorzusehen. Sie dankt René Hug für die Streichung des zweiten Abschnittes und kann sich daher kürzer fassen.

Was die Regelung der Parkplatzbewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsgebietes betrifft, ist sich die CVP/JCVP-Fraktion nicht ganz einig. Eine Mehrheit der Fraktion ist der Auffassung, dass nicht generell auf die Parkplatzbewirtschaftung verzichtet werden soll. Aus Studien ergibt sich, dass der Freizeitverkehr den grössten Verkehr verursacht und hier Lenkungsmaßnahmen mit Parkgebühren angezeigt sind. Daher soll aus Sicht dieses Teils der Fraktion eine individuelle Lösung gefunden werden, die verhältnismässig und vom Kontrollaufwand her vertretbar ist. Es kann sein, dass auf gewissen Plätzen die Erhebung der Parkgebühren unverhältnismässig ist (siehe Vorstoss von Hansruedi Kunz betr. Parkplatzbewirtschaftung Familiengärten), an anderen Orten die Erhebung von Parkgebühren jedoch sinnvoll ist.

Die grosse Mehrheit der Fraktion wird daher gegen die Überweisung der Motion stimmen.

Joe Brunner führt namens der SP-Fraktion aus, dass der Motionär schreibt, dass die Argumente für eine Bewirtschaftung ausserhalb des Siedlungsraumes nicht gelten sollen. Er fragt sich, wieso nicht. Genau das Gegenteil ist nämlich der Fall. Wer einen Parkplatz der Gemeinde braucht, ob ausserhalb oder innerhalb, beansprucht eine Dienstleistung der Gemeinde. Diese ist, wie immer von der rechten Seite gefordert, kostendeckend zu bewirtschaften. Einzig beim liebsten Spielzeug von Herr und Frau Schweizer soll das nun nicht gelten. Die Lobbyisten von Auto und Co. fordern einen Verzicht mit Argumenten, die so nicht stimmen. So schreibt der Motionär „soll die Gebühr eine Lenkungsmaßnahme gegen die Fitness sei“. Wenn der Motionär und seine Befürworter zuerst das Auto hervorholen müssen, um Fitness zu treiben, so fragt er sich, ob es für Fitness ein Auto braucht. In Kriens kann man jederzeit innert wenigen Minuten im Grünen sein und braucht dazu kein Auto. Wer trotzdem sein Auto braucht, soll bei einer Beanspruchung eines Parkplatzes eine normale Parkgebühr bezahlen. Was die Privatwirtschaft vormacht, also eine Parkplatzbewirtschaftung, kann auch eine Kommune. Jeder öffentliche Raum innerhalb wie ausserhalb des Siedlungsraumes kann mit ÖV oder einem umweltneutralen Verkehrsmittel erreicht werden.

Die ganze Motion ist der erste Angriff auf das Parkplatzreglement, welches genau die immer geforderte Kostenwahrheit regelt. Für die SP kommt ein Verzicht oder ein Umschwenken in der Parkplatzbewirtschaftung nicht in Frage. Verursachergerechtes Verhalten darf dem Bürger auferlegt werden und dient auch der Umwelt, in der wir leben.

Die SP-Fraktion ist klar dagegen, diese Motion zu überweisen.

Susanne Lanz ist ebenfalls gegen eine Überweisung der Motion. Es ist unverantwortlich, wenn das Parkplatzreglement wieder rückgängig gemacht wird. Gewisse Parkplätze sind zu Fuss nicht erreichbar. Die meisten, welche ein Auto in den Naherholungsgebieten gebrauchen, sind Auswärtige. Sie hofft, dass die Mehrheit die Motion ablehnt.

Werner Baumgartner verweist auf den verbalen Ausrutscher von Patrick Koch. Es ist nicht richtig, wenn Leute persönlich angegriffen werden. Das Fahrzeug ist ein Parkzeug. Es wird ein Durcheinander gemacht zwischen Lenkungsabgaben und Bewirtschaftung. Der öffentliche

Grund ist für jeden zugänglich, auch für Autos. Er würde dies gerne differenzierter anschauen, wo man Parkplätze bewirtschaften soll und wo nicht. Generell darauf zu verzichten ist seiner Meinung nach falsch.

**1. Abstimmung:**  
17:17 Stimmen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner		x	
Betschart Daniel	x		
Bienz Viktor		x	
Bründler Anton	x		
Bründler Josef	x		
Brunner Joe		x	
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Rätö	x		
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans	x		
Graber Kathrin		x	
Hauser-Roos Bernadette		x	
Heini Martin		x	
Heiz Martin	x		
Hug René	x		
Kalt Mirjam		x	
Kaufmann-Wolf Christine		x	
Koch Patrick	x		
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne		x	
Luthiger-Senn Judith		x	
Maldonado Jennifer		x	
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula		x	
Nyfeler Nicole		x	
Piazza Daniel		x	
Portmann Peter	x		
Rey Louis	x		
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario		x	
Wili Alexander	x		
Total	17	17	

**2. Abstimmung:**  
Die Motion wird mit 20:14 Stimmen überwiesen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner		x	
Betschart Daniel	x		
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton	x		
Bründler Josef	x		
Brunner Joe		x	

Burkhardt Roland	x		
Camenisch Rätö	x		
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans	x		
Graber Kathrin		x	
Hauser-Roos Bernadette		x	
Heini Martin		x	
Heiz Martin	x		
Hug René	x		
Kalt Mirjam		x	
Kaufmann-Wolf Christine		x	
Koch Patrick	x		
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne		x	
Luthiger-Senn Judith		x	
Maldonado Jennifer		x	
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula		x	
Nyfeler Nicole		x	
Piazza Daniel		x	
Portmann Peter	x		
Rey Louis	x		
Thalmann Robert	x		
Urfer Mario		x	
Wili Alexander	x		
Total	20	14	

*Pause von 16.10 bis 16.25 Uhr*

## **8. Postulat Piazza und Mitunterzeichnende: Bildungs- u. Integrationsförderung durch Zusammenarbeit mit Pensionären in den Heimen Kriens**

**Nr. 246/08**

Gemäss Daniel Piazza werden die älteren Menschen zum Teil von der Gesellschaft ausgeschlossen, da sie keine oder nur wenig Kontaktmöglichkeiten haben. Andererseits gibt es eine stattliche Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund, welche im Pflegebereich arbeiten und früher vielleicht nicht einer guten Ausbildung nachgehen konnten oder durften. Sie möchten dies nun in einem geschützten Rahmen nachholen. Wie im Vorstoss beschrieben, können in der Bildungsförderung von älteren Personen und von Personal mit Migrationshintergrund beide Seiten nur profitieren. Man kennt einander schon im Voraus und kann sich gegenseitig im Zuge dieses Projektes bereichern. Erfahrungen mit einem solchen Projekt hat man bereits im Zürcher Altersheim Bürgerasyl-Pfrundhaus gemacht und auch die Stadt Luzern hat im Januar dieses Jahres einen Vorstoss zur Prüfung der Umsetzung eines solchen Projektes entgegengenommen. Dieser hat Daniel Piazza dann auch inspiriert, dasselbe für die Krienser Heime vorzuschlagen. An dieser Stelle möchte der Postulant noch kurz auf den Punkt eingehen, dass die Heimbewohner bei ihrem Eintritt immer älter werden. Es ist ein Fakt, dass die Menschen immer später in die Heime eintreten. Das bedeutet aber nicht, dass sie, wenn sie dann eintreten, weniger geistige Fähigkeiten besitzen. Im Gegenteil. Viele sind



zwar körperlich nicht mehr fähig, ihr Leben alleine zu Hause zu bewältigen und brauchen Betreuung, geistig sind sie jedoch in gutem Zustand und können ganz normal diskutieren, kommunizieren, Zeitung lesen usw. Nebst einem grossen Wissenspotenzial und vielen Erfahrungen und Erlebnissen aus ihrem eigenen Leben ist auch eine riesige Kontaktfreudigkeit vorhanden. Mit diesem Anliegen soll keine teure und hochstehende Institution geschaffen werden, sondern es soll lediglich geprüft werden, ob mit einfachsten Mitteln ein solches Projekt durchgeführt werden kann. So reicht eine Anzahl von ca. 3 - 5 Heimbewohnern und ein paar Mitarbeitende, die dabei freiwillig mitmachen. Wäre das nicht ein richtig tolles Projekt in den Krienser Heimen? Die JCVP/CVP würde sich sehr freuen, wenn der Einwohnerrat die Prüfung dieses Anliegens unterstützt.

Lothar Sidler weiss, dass es tatsächlich Mitarbeitende in den Krienser Heimen gibt, die ein Ausbildungsdefizit haben. Ebenso gibt es Bewohner die durchaus fähig wären, eine solche Ausbildung anzubieten. Der Gemeinderat ist daher für die Überweisung des Postulats.

Jennifer Maldonado begrüsst die Entgegennahme dieses Postulats. Man könnte hier von einem Lernprojekt für Migrantinnen und Migranten mit älteren Menschen in den Heimen sprechen, das kein Zwangscharakter für beide Seiten darstellen soll. Es soll eine Brücke auf der Basis von Zusammenleben und zusammen lernen aufgebaut werden. Die Sprechende dankt Daniel Piazza für seine Bemühungen eine verstärkte Ausländerintegration zur Sprache zu bringen, obwohl die Meinungen zu diesem Anliegen geteilt sind. Dabei sollte man nicht vergessen, dass es massgeblich von der Akzeptanz resp. der Ablehnung ausländischer Personen abhängt, wie stark man sich für Integrationsmassnahmen einsetzen muss.

Gemäss Susanne Lanz findet die SGK die Richtung des Vorstosses gut. Bezüglich der Umsetzung wurden aber mehrere kritische Fragen gestellt. Integration ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe und es ist fraglich, ob die zwei schwächsten Mitglieder der Gemeinde dafür Verantwortung übernehmen sollen. Begrüsst wurde, dass die Lebenserfahrung der Heimbewohner genutzt werden könnte. Es dürfte aber kein Zwang entstehen. Eine enge Begleitung durch Fachpersonen wurde grossmehrheitlich als sehr wichtig erachtet, und es gibt in der Gemeinde Kriens die Möglichkeit diverse Integrationsmassnahmen auszuprobieren. Ein grosses Fragezeichen ist auch, ob bei der knappen Personalpolitik solche Ressourcen überhaupt genutzt werden können.

Louis Rey, namens der SVP-Fraktion, lehnt das Postulat ab. Ältere Menschen treten in der Regel mit BESA-Stufe 2 in die Heime Kriens ein. D. h. die Personen brauchen regelmässige Pflege. Auch sind die Bewohner durchschnittlich nur 18 Monate in den Heimen. Wenn man eine Kennenlern-Phase dazu rechnet, die es bestimmt braucht, ist es eine sehr kurze Zeit. Personal welches solche Leistungen in Anspruch nehmen möchte, müsste dies in der Freizeit tun, da die Arbeitsabläufe knapp bemessen sind. Die Koordination müsste eine im Heim tätige Person übernehmen, da eine auf Integration spezialisierte Ansprechperson der Gemeinde wohl kaum in der Lage ist, sich ein Bild über den geistigen und körperlichen Zustand der Heimbewohner zu machen. Da die Stadt Luzern ein solches Projekt prüft, könnte man sich zu einem späteren Zeitpunkt über die Machbarkeit orientieren.

Miriam Kalt freut sich, dass an ihrer ersten Sitzung das Thema Integration zur Debatte steht und dankt Daniel Piazza für seine Initiative. Gleichwohl möchte sie an dieser Stelle ihre Be-

denken und Anliegen einbringen. Das Postulat zielt auf zwei Gruppen in unserer Gesellschaft, die man zu den schwächsten zählen kann. Gute Integrationspolitik muss alle Teile der Gesellschaft fokussieren. Es geht also um das Zusammenleben von Jungen, Alten und Personen mittleren Alters, wie auch der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung sowie die Wertschätzung all dieser Ressourcen. Integration heisst nämlich ein Zusammenwachsen verschiedener Generationen, Schichten und Kulturen. Das zweite Bedenken von Mirjam Kalt betrifft die Begleitung dieser Bildungs- und Integrationsförderungen. Damit dieses Projekt zum Erfolg führt, braucht es eine hohe Professionalität in der Entwicklung und Umsetzung, wie auch eine professionelle Begleitung, denn die Migrantinnen und Migranten verfügen über unterschiedliche Bildungshintergründe und Erfahrungen, vom Analphabeten bis zum hoch ausgebildeten Spezialisten, der aufgrund der Migration im Facility-Management arbeitet. Drittens ist gut zu klären, wie dieses Projekt in den Arbeitshintergrund eingebettet ist. Zum Schluss nimmt die Sprechende an, dass viele dieser Migrantinnen und Migranten auch gerne Kontakt zu ihren Nachbarn, den Eltern der Schulkameraden ihrer Kinder und zu Leuten wie man sie auf der Strasse trifft hätten. Mirjam Kalt befürwortet die Überweisung dieses Postulats, hat aber gleichwohl folgende Anliegen an den Gemeinderat:

- Das Postulat ist als Pilotprojekt für die Entwicklung eines integralen Leitbildes zu Integration, welches die ganze Gemeinde umfasst, zu betrachten
- Die Lernteams müssten auf freiwilliger Basis zusammengeführt werden und aufgrund klarer Kriterien ausgewählt werden.
- Es bräuchte eine hohe Professionalität, was Entwicklung, Umsetzung des Projekts und Begleitung der Lernteams betreffen würde.
- Zuletzt sollte beachtet werden, dass alle voneinander lernen können.

Gemäss Johanna Dalla Bona findet die FDP-Fraktion die Idee des Postulanten grundsätzlich sehr sympathisch, macht es doch im Allgemeinen durchaus Sinn, Ressourcen von Gruppierungen zu nutzen, um anderen zu helfen und andere zu unterstützen. Wenn dann gleichzeitig den Betagten das Gefühl gegeben wird, gebraucht zu werden und sie dadurch eine Wertschätzung erfahren, so ist das sicher ein guter Gedanke. Dieses Projekt hat aber zum Voraus schon zu viele „Knackpunkte“, sodass die FDP-Fraktion zur Überzeugung gelangt ist, dieses Postulat nicht zu überweisen. Die grosse Mehrheit der betagten Menschen kommt erst ins Heim, wenn sie körperlich und/oder geistig schon grosse Unterstützung braucht, sprich BESA-Stufe 3 und 4. Es wären also nur sehr Wenige für diese Aufgabe geeignet. Die durchschnittliche Verweildauer im Heim beträgt 18 Monate. Das ist eine sehr kurze Zeit, um miteinander zu arbeiten, wenn man bedenkt, dass es sicher etwas Zeit braucht, bis der Pensionär durch einen Lerncoach angeleitet und eingearbeitet worden ist, bis der Mitarbeitende seine Hemmschwelle überwinden lernt und Vertrauen fassen kann. Der Krankheitszustand des Pensionärs kann sich plötzlich verschlechtern, er stirbt, der Mitarbeitende muss wieder den Bezug zu einem anderen Menschen finden. Alles Dinge, die für den Mitarbeitenden enorme gefühlsmässige Belastungen sein können. Ob das gut ist? Dazu kommt, dass es sich bei diesem Postulat nicht nur um eine Integrationsfrage sondern auch um eine personalpolitische Frage handelt. Die Lernsituationen sollen fester Bestandteil des Arbeitsalltages sein. Wie kann die zu erledigende Arbeit trotzdem noch bewältigt werden? Muss zusätzlich jemand eingestellt werden, damit dieses Projekt durchgeführt werden kann? Die FDP denkt, dass dies nicht der richtige Weg ist, nicht zuletzt auch, weil bereits einige Angebote an Deutsch- und Integrationsprojekten vorhanden sind. Im Postulat steht, Johanna Dalla-Bona zitiert „Einerseits haben die Mitarbeitenden ein Arbeitspensum, das sie hindert, an speziellen Sprach- und Integrationskursen oder Weiterbildungen teilzunehmen, andererseits sind sie gerade dadurch gehemmt, dass sie entweder über Lerndefizite verfügen oder sich sprachlich nicht verständigen und ausdrücken können.“ Dem muss sie entgegen halten, dass die Deutsch- und Integrationskurse die in Kriens, aber auch durch die Fabia, durch ECAP Zentralschweiz und durch andere Institutio-

nen eben genau auf solche Leute zugeschnitten und angepasst sind. Zudem werden zur Alphabetisierung, für Grammatik, zur Wortschatzerweiterung gezielte Kurse angeboten, also genauso wie die Postulanten sich die gezielten sprachlichen Trainingsprogramme vorstellen. Für die FDP ist der richtige Weg, die Mitarbeitenden über die diversen Angebote zu informieren. Mit der Info- und Anlaufstelle für Migrationsfragen des Vereins Migration-Kriens integriert hat Kriens ein gutes Gefäss. Die FDP könnte sich auch vorstellen, ganz unkonventionell, dass der Begleitdienst dieses Vereins Mitarbeitende mit interessierten Pensionären im Heim bekannt macht, und so ohne Zwang und auf freiwilliger Ebene ein Austausch stattfinden kann, der sicher ebenso fruchtbar und wertvoll, sowie sprach- und integrationsfördernd sein kann wie ein gezieltes Trainingsprogramm.

Bernadette Hauser kann nicht nachvollziehen, weshalb man dagegen sein kann, dass der Gemeinderat dieses Anliegen prüft. Es stimmt, dass sicher viele der betagten Menschen aufgrund ihrer physischen, psychischen und/oder geistigen Verfassung nicht mehr in der Lage sind bei diesem möglichen Förderprogramm mitzumachen. Es stimmt sicher auch, dass die betagten Menschen eine relativ kurze Zeit im Heim wohnen und erst ins Heim kommen, wenn sie auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Die Sprechende ist aber überzeugt, dass es Bewohnerinnen und Bewohner gibt, die vielleicht auf Hilfe angewiesen sind im pflegerischen/körperlichen Bereich, dass sie aber geistig sehr wohl in der Lage sind, an diesem Programm teilzuhaben. Wenn es geeignete Personen gibt, die bei diesem Angebot mitmachen wollen und können und auch Migrantinnen und Migranten die von einem solchen Angebot Gebrauch machen wollen, kann für beide Seiten eine „Win-Win-Situation“ entstehen. Die betagten Menschen haben eine sinnvolle Aufgabe und die Migrantinnen und Migranten lernen im konkreten Kontakt und Austausch schweizerische Lebensalltage und Lebensweisen kennen. Das ist ein Bereich der Integration; Miriam Kalt hat auch noch andere genannt. Es müssten sicher auch die Rahmenbedingungen geklärt werden, wie und in welchem Umfang soll dieses Programm angeboten werden, wer von den potenziellen Benutzerinnen und Benutzer kann daran teilnehmen, wann soll es stattfinden (z.B. ausserhalb der Arbeitszeit), wie oft kann jemand daran teilnehmen, was sind die Inhalte dieses Angebotes, usw. Bernadette Hauser-Roos denkt, dass es dabei primär nicht um das Erlernen von hochqualifizierten Sprachkenntnissen geht. Es geht primär um das gegenseitige Austauschen, um das miteinander Reden, um einander zu erzählen, vom eigenen Leben, vom eigenen Alltag und am Teilhaben des Lebensalltag von Menschen aus anderen Kulturen und dies in deutscher Sprache. Sie versteht nicht, wie man dagegen sein kann, dieses Angebot zu prüfen. Es wird keine Institution geschaffen. Deshalb bedeutet eine Überweisung dieses Postulates allenfalls ein Angebot zu erhalten, bei dem es nur Gewinnerinnen und Gewinner gibt und dies kostenneutral.

Lothar Sidler kann die Bedenken nicht wegwischen. Er hatte noch keine Zeit alles zu prüfen. Er hat beim Heimleiter angefragt, ob es in den Heimen Personen gibt, die fähig wären an einem solchen Projekt teilzunehmen. Der Heimleiter hat dies bestätigt. Dass die älteren Menschen in der Regel mit BESA-Stufe 2 in die Heime Kriens eintreten ist nicht richtig. In den Heimen gibt es ausserdem Reaktivierungsangebote.

Räto Camenisch hat es gefroren, als er Mirjam Kalt gehört hat. Es braucht doch keine hochqualifizierten Personen um solche Kurse zu organisieren. Migration ist ausserdem eine Holschuld. Wenn es im Heim einen pensionierten Lehrer gibt und Mitarbeitende die gerne so etwas machen würden, ist er der Letzte, der Nein dazu sagt.

Daniel Piazza sieht das auch so, dass Integration eine Holschuld ist. Das stimmt aber in einer differenzierten Betrachtungsweise trotzdem wieder nicht. Im Ausländergesetz ist klar definiert, dass Integration eine Bringschuld der Gemeinde ist.

Zu den Institutionen die es in Kriens gibt meint er, dass natürlich nicht etwas ganz Neues geschaffen werden soll und auf bestehendes Know-how zurückgegriffen werden kann.

Jennifer Maldonado ist der Meinung, dass zum Thema Integration immer alle sagen, dass man bereits genug dafür macht. Es ist schade, dass sich nicht alle richtig dafür einsetzen. Hier geht es erst einmal nur um die Prüfung und nicht um die Realisierung. Die Migranten würden ein solches Projekt aber sicher begrüßen.

Mirjam Kalt wollte nur sagen, dass das Postulat interessant ist und dass man es weiter prüfen soll. Integration heisst aufeinander zugehen und ein Zusammenleben entwickeln. Sie findet es immer interessant, Kontakt mit Menschen aus anderen Kulturen zu haben. Der Rat könnte es doch einfach einmal wagen. Man sollte die Fähigkeiten und Ressourcen von älteren Personen nützen.

In den Augen von Lothar Sidler haben nicht nur Mitarbeitende mit Migrationshintergrund Ausbildungsdefizite sondern auch Schweizer. Das Angebot, welches man prüfen will, wäre eine Fortführung der Holschuld.

Gemäss Judith Luthiger hat die Gemeinde Kriens ein Integrationsleitbild. Dass die Integration nur eine Holschuld ist stimmt nicht. Das Ausländergesetz ist schweizweit angenommen worden. Jetzt müssen die Gemeinden und Kantone kleine Schritte machen. Hier wird ausserdem erst über die Prüfung abgestimmt.

Roland Burkhard kommt noch einmal mit dem Argument Vernunft. Das Ganze hat nichts mit Integration zu tun. Wenn man mit 80 oder 90 Jahren mit Lebenserfahrung und Wissen in ein Heim kommt, kommunizieren die Leute die das machen wollen. Hier sollte kein Zwang bestehen. Es sollte nicht wieder etwas Neues auf die Beine gestellt werden.

Joe Brunner stellt den Ordnungsantrag jetzt abzustimmen, denn die Meinungen sind gebildet.

Bruno Bienz stellt fest, dass dem Ordnungsantrag nicht opponiert wird.

### **1. Abstimmung:**

17:17 Stimmen

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	

Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Erni Roger		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	17	17	

## 2. Abstimmung:

Das Postulat wird mit 17:16 Stimmen abgelehnt.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Erni Roger		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		

Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfelner Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander			x
Total	16	17	1

Räto Camenisch bittet den Präsidenten in Zukunft genau zu sagen, über was abgestimmt wird.

## **9. Postulat Piazza E-Rechnungen – mit 3 Klicks Geld sparen (eingereicht als Motion) Nr. 254/08**

Gemäss Daniel Piazza möchte die JCVP mit diesem Vorstoss den Gemeinderat bitten zu prüfen, ob es sich für die Gemeinde Kriens lohnt, am System der E-Rechnung zu partizipieren.

Die Abklärungen der JCVP haben gezeigt, dass die Gemeinde damit voraussichtlich Geld (Papier, Druck, Couverts, Porto sowie zusätzlich manuelle Arbeitsschritte), Zeit und Papier (und somit indirekt auch einen aktiven, wenn auch kleinen Beitrag an den Umweltschutz) sparen kann. Darüber hinaus, und das zeigen die Erfahrungen mit E-Rechnung aus anderen Gemeindeverwaltungen, ist etwas, was auch immer mehr Steuerpflichtige oder weitere Rechnungsempfänger von Gemeinden sehr schätzen, seien es Unternehmen oder Privatpersonen. Wichtig dabei für die Gemeinde Kriens ist auch, dass niemand mit E-Rechnung bezahlen muss. Es soll einfach ein Angebot sein, dass jene nützen können, die das wollen.

Viele Leute zahlen heutzutage schon ihre Handyrechnung, ihr SBB-GA, ihre Elektrizitätsrechnung, ihr Mitglieder-Jahresbeitrag beim Sportverein (z.B. beim FC Horw), ihre Versicherungen, ihre Krankenkassenprämien und so weiter über E-Rechnungen. Es würde Daniel Piazza sehr freuen, wenn die Krienserinnen und Krienser sowie die Unternehmen in Kriens vielleicht auch schon bald die Möglichkeit haben, von dieser innovativen, neuen Möglichkeit im Kontakt mit der Gemeinde Kriens Gebrauch machen zu können. Deshalb bittet der Postulant den Rat im Namen der JCVP und auch im Namen der ganzen Fraktion, dieses Postulat zu überweisen und dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, die konkrete Umsetzung zu prüfen.

Nach Paul Winiker ist der Gemeinderat selbstverständlich auch der Meinung, dass wenn man mit 3 Klicks Geld sparen kann, dass man das dann auch machen soll. Gleichzeitig will man alles auch kundenfreundlicher machen, so dass die Transaktionen möglichst einfach erledigt werden können. In diesem Sinn ist der Gemeinderat gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Peter Portmann, namens der SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass es nicht die Aufgabe des Einwohnerrates ist, sich in das operative Geschäft des Gemeinderates einzumischen. Geld sparen ist ein selbstverständliches Ziel eines jeden Unternehmens und auch für die Gemeinde Kriens. Es ist sogar Aufgabe der Exekutive, für Verbesserungen in den administrativen Abläufen zu sorgen. Zum jetzigen Zeitpunkt werden kaum genügend Privatpersonen gefunden, welche e-Invoicing nutzen werden. Ausserdem geniessen die elektronischen Zahlungsmittel hierzulande einen schlechten Ruf. Die Zeit für E-Rechnungen ist noch nicht reif. Der Gemeinderat wird sich zur gegebenen Zeit mit E-Invoicing befassen. Peter Portmann rät Daniel Piazza, in 5 bis 10 Jahren wieder über die Bücher zu gehen. Die SVP-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Gemäss Nicole Nyfeler stimmt die SP-Fraktion der Überweisung des Postulates zu. Wichtig ist, dass die Kunden weiterhin die Wahl haben, wie sie die Rechnungen zahlen wollen.

**Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 23 : 10 Stimmen überwiesen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef	x		
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Erni Roger	x		
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René	x		
Kalt Mirjam			x
Kaufmann-Wolf Christine	x		
Koch Patrick		x	
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalman Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	23	10	1

## 10. Postulat Heini und Mitunterzeichnende: Proaktiv gegen das Littering (eingereicht als Motion) Nr. 256/08

Martin Heini hat diesen Vorstoss eingereicht, weil die Strassen und Plätze von Kriens nicht sauberer, die Reinigungskosten nicht tiefer und die achtlose Wegwerfmentalität nicht geringer ist als andernorts. Kriens macht viel, ist aber noch keine „Sauberstadt“. Ohne viel Mehraufwand kann viel mehr erreicht werden. Präventiv müssen permanent nebst Schülern auch Jugendliche und Erwachsene daran gemahnt werden. Das hört nicht mit Schulschluss oder Feierabend auf: Kampagnen in Freizeitlokalen, an Festorten, Take-Away-Verkaufsstellen usw. Alles, was Verkaufsstellen von Fastfood oder Take-Away sowie Festorganisatoren abgeben, kann öffentlichen Raum verschmutzen. Die Gemeinde kehrt dann den Dreck weg. Dieses „Gegeneinander“ soll zum „Nebeneinander“ werden, nicht nur McDonald's hat Auflagen, jeder andere Teilhaber in diesem „Güsel-Zyklus“ macht mit einem Verhaltenskodex mit. Das soll das Ziel sein. Was an Open-Air-Konzerten wie am Gurten, an Fussball-Events, an Märkten wie bestens bekannt an den Christhindli-Märkten funktioniert, das kann auch an Kulturveranstaltungen in Kriens funktionieren. Pfand-Becher und -Gläser, selbst Teller und Besteck, Mehrweg- und recyclebares Geschirr, das ist auch in Kriens möglich. Es braucht dazu Anbieter solchen Geschirrs (die gibt es), ein für Veranstalter verbindliches Reglement und natürlich das Zeichen des Einwohnerrates. Prävention alleine reicht nicht. Wüste Verunreinigungen bleiben. Repression aufgrund der Gesetzesgrundlagen ist nicht bürgerfreundlich. Die gute Feststimmung kann jäh getrübt werden. Also sollten Spielregeln aufgestellt werden, die die Lücke zwischen Prävention und Repression auffüllen. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Überweisung des Postulats.

Gemäss Cyrill Wiget ist es korrekt, was Martin Heini gesagt hat. In der eingereichten Motion, hat es aber Forderungen die nicht in der Kernkompetenz des Gemeinderates liegen. Die Umsetzung der Forderungen in der Motion wären teuer und personalintensiv. Bei gewissen Vorschlägen fehlen auch die Rechtsgrundlagen. Der Gemeinderat würde das Anliegen aber gerne als Postulat entgegennehmen.

Toni Bründler, namens der SVP-Fraktion, ist gegen Überweisung des Postulats. Es wird bereits in den Schulen und Betrieben dafür gesorgt, dass weniger Abfall liegengelassen wird. Man hat die Möglichkeit, dass man Bussen verteilen kann, wenn sich jemand nicht an die Regeln hält. An einem Fest muss auch jemand dort sein, der für Ordnung schaut und ansonsten die Personen zurechtweist.

Nach Ursula Müller wirkt sich das zunehmende achtlose Wegwerfen von Abfällen und das illegale Entsorgen auf Strassen, öffentlichen Plätzen und Natur negativ auf die öffentliche Ordnung aus. Die Gemeinden sind gefordert, die Bevölkerung immer wieder mit gezielten Aktionen und Massnahmen zu konfrontieren und für richtiges Verhalten zu plädieren. Dazu gehört auch das Bewusstmachen eines verantwortungsvollen Verhalten unseren Ressourcen und der Umwelt gegenüber. Bereits heute bestehen in der Gemeinde gute Projekte, sei es mit der Putzete des direkten Naherholungsgebietes wie z.B. Pilatus und Sonnenberg oder das Projekt „Dräck weg“ an den Schulen. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gemeinde in Sachen Littering eine aktive Rolle übernehmen soll und ist für die Überweisung des Postulats.



Judith Luthiger versteht die SVP nicht. Während der Wahlen wurde gesagt, dass sie gegen Littering sind und jetzt wollen sie dieses Anliegen nicht überweisen. Die Schulen sollen dieses Thema aufnehmen. Sie tun zwar schon Vieles zum Thema Littering, aber alles kann man nicht den Schulen abdelegieren. Die Sprechende findet, dass es in diesem Postulat gute Ansätze hat über die man einmal nachdenken sollte. Es geht hier erst um die Prüfung.

Gemäss Thomas Lammer hat die Universität Basel zu dieser Thematik eine Studie verfasst. Darin werden die gleichen Punkte wie im vorliegenden Postulat als mögliche Massnahmen beschrieben. Die FDP hat sich mit diesen befasst und ist zu folgendem Schluss gekommen: Die wichtigste Massnahme „Information und Bildung“ wird heute bereits umgesetzt. Dagegen gehen der FDP alle anderen vorgeschlagenen Massnahmen zu weit. Insbesondere auch, dass Kriens einen eigenen Verhaltenskodex erstellen soll. Es geht auch bei diesem Postulat nur um die Prüfung. Die FDP-Fraktion will diese Prüfung nicht und lehnt die Überweisung des Postulats ab.

Räto Camenisch gibt Judith Luthiger Recht. Littering ist einer der Programmpunkte der SVP. Sie wollen in dieser Beziehung mehr Repression und an den Schulen mehr Prävention. Alles andere würde die Veranstalter strafen. Es sollten jedoch diejenigen die sich falsch verhalten bestraft werden.

Martin Heini findet die Aktionen in der Schule auch gut. Kinder lernen viel dabei, wenn sie den Abfall von anderen wegräumen müssen. Diese Aufräumaktionen wirken nachhaltig bei den Kindern. Es sind aber auch die Jugendlichen und Erwachsenen die den Abfall liegen lassen. Der Sprechende ist nicht gegen Repression, aber es kann auch nicht das einzige Mittel sein. Denn sonst müsste man Abfallpolizisten haben, die aufpassen, dass niemand etwas wegwirft. Der Effekt ist das was zählt.

### **Abstimmung:**

Das Postulat wird mit 17:16 Stimmen abgelehnt.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco		x	
Baumgartner Werner	x		
Betschart Daniel		x	
Bienz Viktor	x		
Bründler Anton		x	
Bründler Josef		x	
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland		x	
Camenisch Räto		x	
Dalla Bona-Koch Johanna		x	
Fluder Hans		x	
Graber Kathrin	x		
Hauser-Roos Bernadette	x		
Heini Martin	x		
Heiz Martin		x	
Hug René		x	
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine	x		

Koch Patrick		x	
Konrad Simon		x	
Lammer Thomas		x	
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		
Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Monika	x		
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter		x	
Rey Louis		x	
Thalmann Robert		x	
Urfer Mario	x		
Wili Alexander		x	
Total	16	17	

## 11. Postulat Piazza: Betriebsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern Nr. 263/08

Gemäss Daniel Piazza kostet es nichts, Zusammenarbeit zu loben, aber mit dem Loben allein hat man auch in der Gemeinde Kriens noch keine Leistungen verbessert, noch nichts optimiert und schon gar nichts gespart! Die Gemeinde Kriens muss sich ganz generell auf einen dynamischen Prozess einlassen und periodisch Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den umliegenden Gemeinden prüfen. Der Gemeinderat hat nämlich spätestens seit der Überweisung der Motion Baumgartner namens der JCVP/CVP-Fraktion „Sparpotenzial durch Zusammenarbeit mit Agglomerationsgemeinden“, die vor bald 2 Jahren im Einwohnerrat mit 21:3 Stimmen überwiesen wurde, ganz klar und unmissverständlich die Aufgabe, sich proaktiv auf diesen Prozess einzulassen. Gehört hat der Einwohnerrat seit der Überweisung dieses Vorstosses nichts mehr. Dieser nun vorliegende Vorstoss zur Prüfung der Betriebsamt-Kooperation mit der Stadt Luzern ist sozusagen eine Betreuung an die Adresse des Gemeinderats, denn er ist der Forderung der Motion Baumgartner nicht nachgekommen, zumindest nicht sichtbar. Zusammenarbeitsmöglichkeiten sollen nicht nur im Bereich der Entsorgungsverbände für Abwasser und Kehricht „R-E-A-L“ werden. Das ist zwar absolut der richtige Weg, aber es wäre schön, wenn in vielen weiteren Bereichen „REAL“ geprüft wird, ob es Optimierungspotenzial in der Zusammenarbeit mit anderen Agglo-Gemeinden gibt. Auch die geplante Steuerungsgruppe scheint eine optimale Plattform zu sein, um zu schauen, wo Kooperationen möglich sind. Aber dazu wird man dann wohl in den nächsten Wochen und Monaten noch Konkretes hören. Zum Vorstoss selber möchte Daniel Piazza an dieser Stelle nicht mehr sagen, als im Vorstoss schon gesagt ist. Stattdessen möchte er betonen, dass das vorliegende Postulat auf der Überzeugung der JCVP/CVP fusst, dass es sich für die Gemeinde Kriens lohnt, die Bemühungen zur Prüfung und Optimierung von Kooperations-Möglichkeiten mit den anderen Agglomerationsgemeinden, ganz besonders auch mit der Stadt Luzern auf sich zu nehmen. Dies gehört nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern auch im Umfeld der Gemeinden zu den innersten und aller-aller-wichtigsten Aufgaben von Exekutiv-Gremien. In seinem Beruf befasst sich der Postulant intensiv mit Strategien von privaten und öffentlichen Unternehmen. Eine Erkenntnis daraus scheint ihm in diesem Zusammenhang auch für die Gemeinde Kriens ganz wichtig; die grössten Fehler macht man immer dann, wenn alles gut läuft. So mag es sein, dass der Gemeinderat heute der Meinung ist, dass gewisse Abteilungen ertragsmässige Prunkstücke sind, dass es nichts besseres gibt in anderen Gemeinden der Region, dass die Kapazitäten in idealster Weise ausgeschöpft sind und auch die Software marktgängig sei, und

so weiter. Eine vertiefte Überprüfung kann dies auch unterstützen. Und doch scheint es der JCVP/CVP sinnvoll, dies regelmässig zu hinterfragen, sich die Frage zu stellen ob man nicht nur auf einem guten, sondern auf einem möglichst optimalen Weg ist? Ob es Alternativen gibt, z.B. eben auch in Kooperation mit anderen Gemeinden, und wie die Vor- und Nachteile aussehen? Und ob es wirklich keine insgesamt bessere Variante gibt? Das heisst, vielleicht ist die Lösung, wie Kriens sie im Moment hat ja die Beste. In diesem Fall soll das Betriebsamt natürlich bis auf Weiteres so organisiert bleiben. Aber eine vertiefte Analyse wie sie nur der Gemeinderat machen kann, kann auch etwas anderes zeigen und deshalb kann eine solche Untersuchung so wertvoll sein. Darum, um den Bogen zum Anfang wieder zu schlagen, soll man die Zusammenarbeit nicht nur loben, sondern dem Gemeinderat mit Nachdruck den Auftrag geben, wirklich Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit der Stadt Luzern und auch den anderen Agglomerationsgemeinden zu prüfen.

Gemäss Paul Winiker will der Gemeinderat das Postulat entgegennehmen. Zur konkreten Forderung zur Prüfung der Kooperation mit dem Betriebsamt der Stadt Luzern möchte er noch sagen, dass das bereits mit der Gemeinde Horw überprüft wurde und dass die Gemeinde Kriens der Gemeinde Horw ein sehr gutes Angebot unterbreitet hat. Dieses wurde dann aber abgelehnt.

Peter Portmann, namens der SVP-Fraktion, findet es erstaunlich, wie sich die JCVP für eine Kooperation mit dem Städtischen Betriebsamt einsetzt. Eigentlich hätte er von der JCVP eher eine Fusion der beiden Ämter erwartet. Schliesslich nimmt er an, dass die JCVP, wie ihre kantonale Mutterpartei eine Fusion von Kriens mit der Stadt Luzern favorisiert. Was dem Sprechenden aber bei diesem Postulat ins Auge sticht, ist das mutmassliche Sparpotential. Nur sollen die freigewordenen Mittel nicht für irgendwelche „Fun-Projekte“ verpulvert werden, sondern der laufenden Rechnung zugeführt werden. Aus diesen Gründen unterstützt die SVP-Fraktion dieses Postulat. Die SVP ist für Überweisung des Postulats.

Simon Konrad findet das eine gute Idee der CVP. Die FDP steht dafür ein, bezweifelt aber, ob Luzern die richtige Partnerin ist.

Bruno Bienz stellt fest, dass nachdem der Gemeinderat gegen eine Überweisung nichts einzuwenden hat und kein Antrag auf Nicht-Überweisung gestellt wurde, das Postulat als an den Gemeinderat überwiesen gilt.

## **12. Interpellation Meyer und Mitunterzeichnende: Auswirkungen HarmoS Nr. 260/08**

*Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:*

"Mit der Interpellation Nr. 260/2008 „Auswirkungen HarmoS“ erkundigen sich Stefan Meyer und Mitunterzeichnende über die Auswirkungen von HarmoS.

Das HarmoS-Konkordat ist eine Vereinbarung zwischen allen Kantonen und legt die Eckwerte eines harmonisierten Schweizer Bildungssystems fest. Grundlage dazu bildet der neue Bil-

dungsartikel in der Bundesverfassung, der am 21. Mai 2006 mit 86 % Ja-Stimmen gesamtschweizerisch angenommen wurde. Die Umsetzung der Eckpunkte von HarmoS ist den Kantonen überlassen; sie bestimmen, wie innerhalb der neuen Richtlinien die Schule ausgestaltet wird.

HarmoS setzt an vier Punkten an:

### **1. Gleiche Ziele und Chancen für alle**

Erstmals wird in der Schweiz definiert, in welchen Fächern unsere Kinder eine Grundausbildung erhalten. Es sind dies: Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften, Musik und Gestaltung sowie Bewegung und Gesundheit. Um allen dieselben Chancen zu geben, existiert in jeder Sprachregion nur noch ein Lernplan. Kinder in Luzern werden also dieselben Ziele erreichen wie diejenigen im Thurgau oder in Schaffhausen. Ebenfalls aufeinander abgestimmt werden die Lehrmittel.

### **2. Qualität**

Mit den einheitlichen Zielen allein ist es nicht getan. Genauso wichtig ist die Qualität der Volksschule. HarmoS setzt deshalb fest, welches Niveau in welchen Fachbereichen erreicht werden muss – schweizweit. Zudem überprüfen Bund und Kantone das Bildungssystem laufend; die Schule soll auf Veränderungen rasch reagieren können und eine hohe Qualität halten.

### **3. Schultag richtet sich nach den Bedürfnissen von Kindern und Eltern**

Unterschiedliche Schulzeiten sind mit HarmoS Vergangenheit. Der Unterricht wird künftig in Blockzeiten gestaltet: Die Schule beginnt jeden Tag um dieselbe Zeit und dauert gleich lange. Das Modell, das vor allem berufstätigen Eltern sehr entgegen kommt, hat der Kanton Luzern bereits umgesetzt.

Kinder sollen auch vor und nach dem Unterricht gut betreut sein, wenn eine Familie dies wünscht. HarmoS gibt deshalb vor, dass schulergänzende Betreuungsangebote – Tagesstrukturen – zur Verfügung stehen sollen. Wie diese aussehen, legen die Kantone und die Gemeinden selber fest, sie können sich auch zusammenschliessen. Die Nutzung eines Mittagstisches oder der Aufgabenhilfe ist freiwillig, die Betreuungsangebote sind kostenpflichtig. Der Kanton Luzern hat das ausgewiesene Bedürfnis nach ausserschulischen Leistungen und Tagesstrukturen seit längerem erkannt und aufgenommen. Unabhängig von HarmoS ist er daran, die gesetzlichen Grundlagen mit der Teilrevision des Volksschulbildungsgesetzes zu schaffen.

### **4. Einheitliche Strukturen: Schuleintritt und Dauer der Schulstufen**

HarmoS schafft verbesserte Startchancen für alle. Neu gehen Mädchen und Knaben mit erfülltem vierten Altersjahr in den Kindergarten.

Für 86 % der Kinder in der Schweiz ist das zweite Kindergartenjahr seit langem selbstverständlich. Auch im Kanton Luzern nutzen 37 % aller Kinder das zweite Jahr – auf freiwilliger Basis, mit gutem Erfolg. Im Kanton Luzern werden Mädchen und Knaben maximal neun Monate früher den Kindergarten besuchen. Sollte ein Kind noch nicht reif zu diesem Schritt sein, können die Eltern den Eintritt mit einem Gesuch um ein Jahr verschieben. Ein Gesuch an die Schulleitung wird genügen.

Die Kantone sind frei, wie sie die ersten Schuljahre gestalten. HarmoS macht diesbezüglich keine Vorgaben. Derzeit werden landesweit verschiedene Modelle geprüft. Der Entscheid, welches System (z.B. Basisstufe) an den Luzerner Schulen umgesetzt werden soll, wird das Parlament in zwei bis drei Jahren fällen. Hingegen regelt HarmoS die Schuldauer: Die Primarstufe inklusive Kindergarten dauert acht, die Sekundarstufe 1 drei Jahre.

### **Rückläufige Schüler-/Schülerinnenzahlen kompensieren Mehrkosten**

Rund 2200 Kinder werden im Kanton neu früher in den Kindergarten gehen. Die zusätzlichen Klassen kosten rund 20 Millionen Franken. Davon übernehmen die Gemeinden 77,5 Prozent, der Rest entfällt auf den Kanton.

Die Ausgaben für die Betreuung vor und nach dem Unterricht sind sehr stark vom Angebot in den jeweiligen Gemeinden abhängig. Da der Kanton den Aufbau von Tagesstrukturen bereits heute einleitet, entstehen diese Kosten unabhängig von HarmoS.

Die von HarmoS verursachten Kosten werden neutralisiert: Es wird mit einem Aufwandanstieg von mindestens vier Prozent, insbesondere für das zusätzliche Kindergartenjahr, gerechnet. Dem gegenüber stehen stark rückläufige SchülerInnenzahlen. In den vergangenen Jahren wurden im Kanton bereits 150 Klassen (70 KG / 80 PS) geschlossen, weitere 200 folgen in den kommenden Jahren. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieser Abbau sowie der Umstand, dass die schulergänzenden Leistungen kostenpflichtig sind, den Aufwand mindestens teilweise kompensieren werden.

Schliesslich profitieren die Kommunen auch davon, dass Mütter (und Väter) im Erwerbsleben bleiben können. Die Steuereinnahmen steigen, und manch allein erziehender Mutter (oder einem Vater) wird der Gang zur Sozialhilfe erspart.

### **Zu den einzelnen Fragen:**

1. *Welches ist die Ausgangslage und welches sind die absehbaren Konsequenzen für Kriens?*

Aufgrund der voranstehenden Ausführungen wird die Volksschule Kriens in folgenden Punkten Konsequenzen aus HarmoS erfahren:

#### 1. Vorgezogener Schuleintritt

Auch in Kriens werden jüngere Kinder in den Kindergarten eintreten. In Bezug auf den Raum- und Lehrpersonenbedarf können zur Zeit noch keine detaillierten Angaben und Zahlen aufgezeigt werden. Je nach Einführungsstermin (nach dem Beitritt von 10 Kantonen zum HarmoS-Konkordat ist eine Einführungsfrist von 6 Jahren vorgesehen) wird die SchülerInnenzahl variieren. Auch wird das künftige Einschulungsmodell von Bedeutung sein. Es ist davon auszugehen, dass eine Erhöhung der Kindergartenabteilungen mit dem Rückgang der Primarschulklassen (mehr als) kompensiert wird.

#### 2. Familien- und schulergänzende Betreuung

Die Gemeinde Kriens ist zur Zeit daran, die Tagesstrukturen für eine zeitgemässe Familienunterstützung auszubauen. Über die definitive Form wird die Volksabstimmung zur Tagesschule Aufschluss geben.

2. *Wie schlagen sich die Änderungen in voraussichtlichen Mehrkosten für den Gemeindehaushalt nieder?*

Auf der Primarstufe der Volksschule Kriens werden in den nächsten Jahren aufgrund der rückläufigen Kinderzahlen bis zu 10 Abteilungen geschlossen. Mit HarmoS werden auf der Kindergartenstufe einige Abteilungen mehr gefordert sein. Dies bedeutet also, dass der Abteilungsrückgang aufgrund der ansteigenden Kinderzahl durch die frühere Einschulung weniger stark erfolgen wird. Über die genauen Mehrkosten können heute noch keine detaillierten Angaben gemacht werden (siehe unter 1.).

3. *Wie gedenkt sich der Gemeinderat im Vorfeld der Abstimmung zu äussern?*

Der Gemeinderat anerkennt und unterstützt die Vorteile von HarmoS, insbesondere,

- dass die schulische Grundbildung gesamtschweizerisch einheitlich definiert wird.
- dass die Lehrpläne und Lehrmittel in der Sprachregion einheitlich koordiniert werden.
- dass eine ausgleichende Förderung stattfindet und so auf die heutigen Bedürfnisse der Kinder, Familien und die Lebensgewohnheiten Rücksicht genommen wird, so dass ein möglichst hoher Bildungsstandard erreicht wird.

Im Grundsatz schliesst sich der Gemeinderat Kriens dem Verband der Luzerner Gemeinden und dem Kantonsrat an und unterstützt HarmoS.

Der Gemeinderat hat sich als Gesamtgremium (wie üblich) nicht akzentuiert in den Abstimmungskampf eingebracht. Den einzelnen Mitgliedern steht jedoch eine aktive Unterstützung offen.

Für den Gemeinderat ist es von grosser Bedeutung, dass sich die Schule ihrer Kernaufgaben mit all ihren Kräften annehmen kann und die Reformen der kommenden Jahre gut abgestützt zu einer Beruhigung und einem grossen Nutzen im Sinne einer qualitativ hochstehenden Bildungs- und Lebensschulung für unsere Kinder auswirken."

Bruno Bienz fragt den Interpellant bzw. die Stellvertreterin an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob sie eine Diskussion wünscht.

Kathrin Graber, namens der CVP/JCVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die rechtzeitige Beantwortung der Interpellation zur HarmoS-Vorlage, über die am nächsten Sonntag abgestimmt wird. Die Fraktion ist mit der Beantwortung zufrieden.

Martin Heiz findet es mühsam, wenn die Beantwortung von Interpellationen noch nicht vorliegen, wenn die Fraktionssitzungen stattfindet. Er ist der Meinung, dass die Beantwortungen mit der Einladung zur Einwohnerratssitzung zugestellt werden müssen. Falls die Beantwortungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden sind, sollten die Interpellationen nicht traktandiert werden.

Gemäss Bruno Bienz befindet man sich zur Zeit noch in einer Übergangsphase. Ziel ist es aber sicher, dass die Beantwortungen von Interpellationen zur gleichen Zeit zugestellt werden wie die Einladung für die Einwohnerratssitzung.

### **13. Interpellation Kunz: Lehrer Attacken an Krienser Schulen** **Nr. 276/08**

*Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:*

"Mit der Interpellation Nr. 276/2008 „Lehrer Attacken an Krienser Schulen“ gelangt Hans-ruedi Kunz aufgrund von Vorkommnissen an der Krienser Volksschule vom Frühling 2008 mit verschiedenen Fragen an den Gemeinderat.

Im März 2008 wurde bekannt, dass Schülerinnen und Schüler der Volksschule Kriens Internetplattformen wie "Netlog" missbrauchen, um Lehrpersonen zu beleidigen und zu Verunglimpfungen durch Mitschülerinnen und –schüler anregen.

Die betroffenen Lehrpersonen und ihre Schulleitungen haben in Zusammenarbeit mit einem Juristen die Einträge analysiert, die Rechtslage abgeklärt, das weitere Vorgehen bestimmt und Massnahmen eingeleitet. Im April 2008 wurde nach der Information der Eltern auch die Öffentlichkeit informiert.

Die Darstellungen der Lehrpersonen auf der Plattform waren in einem grossen Masse – sowohl in Text als auch teilweise in Bild – diskreditierend und verletzend. Mit diesen Aktionen haben die Schülerinnen und Schüler ihre Grenzen deutlich überschritten. Die Situation erforderte unverzüglich Massnahmen einzuleiten. Die Einträge auf den Internetseiten erfolgten alle in der Freizeit und nicht über die Internetinfrastruktur der Schule, beziehen sich aber auf die Schule und zeigen deutlich die Problematik der neuen Kommunikationsmittel auf, wenn diese missbraucht werden. Die Schule ist gefordert, Rahmenbedingungen zu setzen und die entsprechenden Konsequenzen einzufordern.

#### **Zu den Fragen:**

1. *Ist der Sachverhalt, wie er in der Zeitung wiedergegeben worden ist, zutreffend?*

Der Bericht der NLZ vom 15. April 2008 entspricht den Tatsachen. Der Inhalt wurde aufgrund einer Medienmitteilung und nach Rücksprache mit dem Rektor erstellt. Es handelte sich um rund 40 Schülerinnen und Schüler, die ihre Lehrpersonen auf Internetseiten diskreditierten. Die fehlbaren Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern wurden unverzüglich angeschrieben und zu einem Elternabend aufgeboten, wo sie mit den Vorkommnissen und den Massnahmen konfrontiert wurden.

2. *Wie stellt sich der Gemeinderat zu diesen Vorfällen? Ist er der Meinung, dass die Reaktion angemessen ist?*

Der Gemeinderat – und insbesondere die Schulleitung – können solche Vorkommnisse nicht tolerieren und sind sich der Verantwortung bewusst, dass den (auch missbräuchlichen) Möglichkeiten der neuen Informationstechnologien durch Schülerinnen und Schülern grosse Beachtung geschenkt werden muss und die Schule hier (auch) Erziehungsverantwortung übernimmt.

Folgende Massnahmen wurden eingeleitet und von den Schülerinnen und Schülern gefordert:

1. Löschen der Inhalte auf den Internetseiten innert 24 Stunden (Kontrolle durch die Schule).
2. Schriftliche Entschuldigung der fehlbaren Lernenden bei den Lehrpersonen.
3. Direkte Konfrontation zwischen Eltern, Schüler/Schülerinnen und Lehrpersonen / dem Rektor an einem Elternabend. Dabei wurden die straf- und zivilrechtlichen Konsequenzen aufgezeigt sowie die innerschulischen Massnahmen erläutert.
4. Forderung eines gemeinnützigen Arbeitseinsatzes durch die fehlbaren Schülerinnen und Schüler.

Die Kontrolle der Massnahmen hat folgendes Bild ergeben: Die Inhalte wurden mit einer Ausnahme innert 24 Stunden gelöscht. Die fehlbaren Schülerinnen und Schüler haben sich alle schriftlich bei den Lehrpersonen entschuldigt. Bei einigen Schülerinnen und Schülern war feststellbar, dass ihnen die ganze Situation unangenehm war und sie ihr Handeln bereuen. Bei wenigen Schülerinnen und Schülern mussten die Entschuldigungen verstärkt eingefordert werden, teilweise auch mit zusätzlichen Elterngesprächen. Die Lernenden haben ihren gemeinnützigen Arbeitseinsatz bis zu den Sommerferien alle geleistet.

Eine Verfehlung eines Schülers wurde strafrechtlich weitergezogen. Dieser Schüler wurde im April von der Krienser Schule verwiesen.

Den betroffenen Lehrpersonen war es jederzeit möglich, auch privat-rechtlich Anzeige zu erstatten. Davon haben sie abgesehen.

Der Gemeinderat erachtet die von der Schulleitung veranlassten Massnahmen als angemessen, konsequent und im Sinne einer Lernsituation für die Schülerinnen und Schüler (mit der Möglichkeit zu Verbesserungen) adäquat. Die betroffenen Eltern haben grossmehrheitlich sehr betroffen auf die Ereignisse und positiv auf die geforderten Massnahmen reagiert. Mit dem Einbezug der Eltern in ihre Verantwortung ist ebenfalls ein wichtiger Schritt erfolgt.

3. *Gibt es Überlegungen, wie solche oder schlimmere Vorfälle in Zukunft vermieden werden können? Sind Weisungen oder Richtlinien geplant?*

Diese Interneteinträge wurden alle ausserhalb der Schulzeit gemacht. Die Schule hat keinen direkten Einfluss auf die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler. Aus diesem Grunde war der Einbezug der Eltern von grosser Bedeutung.

An der Volksschule Kriens arbeiten Lehrpersonen mit Richtlinien, die vorgeben, wie sich die Schülerinnen und Schüler mit der Nutzung der Informationstechnologie zu verhalten haben. Die Lernenden der Sekundarstufe 1 und ihre Eltern unterschreiben eine Vereinbarung, die diese Verhaltensregeln aufzeigt. Die Lernenden der Primarstufe und deren Eltern erhalten die Richtlinien als Information.

Im September 2008 wird zudem auf der Primarstufe die Themenwoche „Security for Kids“ durchgeführt. Gleichzeitig findet am 18. September 2008 ein Informationsanlass für Eltern zum Thema Sicherheit im Internet statt. Diese Veranstaltung wird von der Volksschule Kriens in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei organisiert und durchgeführt.



4. *Wie werden Lehrpersonen und Schulleitung in den Prozess miteinbezogen?*

Der vorliegende Missbrauch der Internettechnologie wurde durch Mitarbeitende der Volksschule Kriens festgestellt und unverzüglich an die zuständigen Personen weitergeleitet. In der Folge setzte sich ein Team, bestehend aus Lehrpersonen, Schulleitungsmitgliedern und dem Rektor, mit der Situation detailliert auseinander. Dabei wurde eine Fachbeurteilung durch einen Juristen, der sich bereits mit dieser Thematik eingehend auseinandergesetzt hatte, für die Beurteilung der Gesamtsituation und die betroffenen Lehrpersonen einbezogen. Für die Umsetzung der Massnahmen und die Konfrontation der Eltern waren sowohl Fachlehr- als auch Klassenlehrpersonen involviert.

Geleitet wurde die Gesamtsituation und insbesondere die Kommunikation nach aussen durch den Rektor Markus Buholzer.

Die vorliegende Situation muss in ihrer Dimension als massiv beurteilt werden und verlangte nach einer professionellen Reaktion und Handhabung. Trotz einer gewissen Einmaligkeit können solche Situationen jederzeit wieder auftreten und verlangen nach aufmerksamen, professionell arbeitenden Lehr- und Erziehungspersonen.

Der Gemeinderat dankt an dieser Stelle den Lehrpersonen, den Schulleitungsmitgliedern und dem Rektor für die sorgfältige, verantwortungsvolle Bearbeitung des Ereignisses.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Schule einen Teil der Verantwortung übernimmt/übernehmen kann, dass sich insbesondere aber die Erziehungsberechtigten (einmal mehr) ihrer grossen Erziehungsverantwortung bewusst sein sollten und entsprechende Unterstützungsangebote und Informationen benötigen. Diese auch durch die öffentliche Hand zu gewährleisten, kann für alle von Nutzen sein.

Der Gemeinderat hofft, mit diesen Ausführungen die Fragen ausreichend beantwortet zu haben."

Bruno Bienz fragt den Interpellant bzw. die Stellvertreterin an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob sie eine Diskussion wünscht.

Kathrin Graber, namens der CVP/JCVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die guten Ausführungen zur Interpellation. Sie sind mit der Beantwortung der Interpellation zufrieden und hoffen, dass Kriens wegen ähnlichen Fällen nicht mehr in die Schlagzeilen kommt. Die Fraktion ist überzeugt, dass mit dem Konzept "security4kids" und regelmässigen Informationsanlässen der erste Schritt für einen bewussten Umgang mit dem Internet getan werden.

**14. Interpellation Nyfeler und Mitunterzeichnende: "Lehrpersonenmangel?"** **Nr. 283/08**

*Schriftliche Beantwortung des Gemeinderates:*

"Mit der Interpellation Nr. 283/2008 „Lehrpersonenmangel?“ gelangen Nicole Nyfeler und Mitunterzeichnende an den Gemeinderat mit Fragen und Bedenken im Zusammenhang mit den Neubesetzungen von freien Stellen an der Volksschule Kriens.

Dabei stellen die Interpellanten einen Zusammenhang zwischen einem Nachholbedarf bei der Infrastruktur, der räumlichen Ausstattung der Schulanlagen der Gemeinde Kriens und möglichen Schwierigkeiten bei Neubesetzungen durch qualifizierte Lehrpersonen fest.

Während den Frühsommermonaten haben verschiedene Medien über die noch unbesetzten Lehrerstellen an verschiedenen Schulen sowohl ausser- als auch innerkantonale berichtet. Ein sich abzeichnender Lehrpersonenmangel führte zu grossangelegten Aktionen, um für den Start des Schuljahres 2008/09 alle freien Stellen besetzen zu können. So wurde auch von Ausschreibungen und Stelleninseraten im Ausland berichtet.

Inzwischen hat sich die Situation etwas entspannt, so dass die meisten Schulen in der Schweiz ihre Klassen regulär starten konnten. Dabei muss beachtet werden, dass aufgrund des Schüler-/Schülerinnenrückgangs (insbesondere an der Primarschule) auch von einem Rückgang der Anzahl der benötigten Lehrpersonen ausgegangen werden kann. Von einer tatsächlichen Entspannung kann nicht gesprochen werden, da sich die neuen Ausbildungswege (Hochschulabschluss für alle Lehrpersonen) und ein ausgewiesener Mangel bei Lehrpersonen in den naturwissenschaftlichen Fächern auf die kommenden Jahre auswirken wird.

#### **Zu Fragen im Einzelnen:**

1. *Können für das Schuljahr 2008 / 2009 genügend qualifizierte Lehrpersonen angestellt werden?*

Die Volksschule Kriens hat alle Stellen mit qualifizierten Lehrpersonen besetzt, so dass sämtliche Klassen gut ins Schuljahr 2008/09 starten konnten. Zu beachten ist, dass nicht alle Lehrpersonen eine stufenspezifische Ausbildung besitzen (beispielsweise unterrichten Primarlehrpersonen auf der Sekundarstufe 1). Dies ist aber nicht eine neue Erscheinung, sondern wurde auch in der Vergangenheit zugelassen. Die betroffenen Lehrpersonen verpflichten sich innerhalb einer bestimmten Frist, die erforderlichen Qualifikationen zu erlangen bzw. die entsprechenden Abschlüsse vorzuweisen.

2. *Werden Lehrpersonen im Ausland gesucht bzw. wurden ausländische Lehrpersonen angestellt?*

Sämtliche frei werdenden Lehrstellen wurden durch Schweizerinnen und Schweizer besetzt. Hätten die freien Stellen nicht befriedigend besetzt werden können, hätte sich der Rektor der Volksschule Kriens eine Suche im nahen Ausland vorstellen können. Zu bemerken ist, dass in Kriens bereits seit einigen Jahren auch Lehrpersonen nicht schweizerischer Nationalität erfolgreich unterrichten.

3. *Wie wurde die Infrastruktur durch die externe Evaluation beurteilt? Wie beurteilen sie die angestellten Lehrpersonen? Welche Rückmeldungen kamen von bewerbenden Lehrpersonen zur Infrastruktur?*

Zwischen November 2007 bis März 2008 führte die Kantonale Dienststelle Schulevaluation die externe Evaluation der Gesamtschule Kriens durch. Dabei wurden sämtliche 15 Schulteams sowie die Gesamtschule analysiert und beurteilt. Die Beurteilungen sind sehr

umfangreich und stützten sich auf Rückmeldungen der Eltern, der Lernenden als auch der Lehrpersonen ab. Evaluiert wurde zu vier Fragestellungen:

1. zum Schulklima / Wohlbefinden
2. zur Schulführung
3. zum Qualitätsmanagement und
4. zu der Gestaltung der Übergänge

Ohne auf die Gesamtevaluation und die Resultate im Detail einzugehen, kann festgestellt werden, dass an der Volksschule Kriens eine gute bis sehr gute Zufriedenheit in und mit der Schule insgesamt herrscht. Die Werte der Zufriedenheitsskala sind sowohl bei Schülerinnen und Schülern als auch der Eltern und der Lehrpersonen als hoch und erfreulich zu beurteilen.

Auffallend ist, dass Lehrpersonen das Verhältnis von beruflicher Belastung und Befriedigung jedoch lediglich als genügend bis gut beurteilen. Dabei wurden verschiedene Aussagen über die Gründe dieses Missverhältnisses ausgeführt, die von den kantonalen Veränderungen über den steigenden administrativen Aufwand bis zu stark fordernden Schülerinnen und Schülern und den Umgang mit deren Eltern reichen. In einer noch differenzierteren Beurteilung stellen die Evaluatoren fest, dass unter anderem auch ungenügende Raumverhältnisse angegeben werden. Einige Schulteams weisen eine mangelnde Zufriedenheit in Bezug auf ihre Infrastruktur aus.

Die Empfehlungen der Evaluatoren setzen an verschiedenen Punkten an. Sowohl im neuen Leistungsauftrag der Volksschule Kriens als auch in der von der Kantonalen Dienststelle geforderten Massnahmenplanung wird der Verbesserung der räumlichen als auch infrastrukturellen Situation an der Volksschule Kriens Beachtung geschenkt. Diese Massnahmen erfordern auch die Bereitschaft der zuständigen politischen Gremien für Mitteleinsätze in den kommenden Jahren. Für den Arbeitsalltag von rund 300 Lehrpersonen und für rund 2'900 Schülerinnen und Schülern stellen die Schulanlagen wichtige Aufenthalt- und Lernorte dar, die das Lernklima und den Lernerfolg unterstützen.

In der Vergangenheit hat die Gemeinde Kriens grosse finanzielle Ressourcen benötigt, um die letzte Etappe der Schulhausbauten Grossfeld, die Krauerhalle sowie die Turnhalle zu erstellen. Ebenso war die Einführung der Informatik auf allen Schulstufen kostenintensiv. Die Aufrechterhaltung von 19 Schulanlagen (inkl. Kindergärten und Turnhallen) erfordert einen kontinuierlichen Ressourceneinsatz.

Der Gemeinderat ist sehr froh, dass mit der Sanierung der Anlagen Amlehn und Meiersmatt erste Schritte der Sanierungs- und Werterhaltungsphase erfolgen konnten.

4. *Gab es schon Absagen von sich bewerbenden Lehrpersonen, weil sie die Infrastruktur als ungenügend bezeichneten?*

Während des Stellenbesetzungsverfahrens im Frühling 2008 hat sich eine qualifizierte, jüngere Lehrperson nach der Besichtigung der Schulanlage zurückgezogen. Dies mit der Begründung, es handle sich um ein altes, dunkles Schulgebäude mit ungenügender Infrastruktur.

5. *Wie wird die Infrastruktur der Schulliegenschaften von bewerbenden Lehrpersonen beurteilt?*

Den Aussagen von neu angestellten Lehrpersonen kann entnommen werden, dass die zur Verfügung gestellte Infrastruktur in unseren Schulanlagen jenen ihrer vorherigen Schulgemeinden teilweise nicht standhalten kann. In der Regel werden die Aspekte der Infrastruktur in einem Bewerbungsverfahren von den Lehrpersonen nur zurückhaltend eingebracht.

6. *Wie werden die Rückmeldungen von den Personen, welche die Bewerbungsgespräche führen, ausgewertet und welche Schlüsse zieht der Gemeinderat aus diesen Rückmeldungen?*

Die gemeindeinterne Beurteilung der Schulanlagen und der Ausstattungen hat ebenfalls dazu geführt, dass im Leistungsauftrag die Thematik als übergeordnetes Ziel aufgenommen wurde und wie folgt formuliert ist: „Die Infrastruktur entspricht den Bedürfnissen und Notwendigkeiten.“ Aufgrund dieser Vorgabe erarbeitet der Rektor im Schuljahr 2008/09 zusammen mit den zuständigen Stellen einen Kriterienkatalog („Welche Vorgaben sollen für künftige Schulmodelle realisiert werden?“) und erstellt einen entsprechenden Massnahmenkatalog z.H. von Gemeinde- und Einwohnerrat.

Mit dem Bericht und Antrag Nr. 135/2006 „Planungsbericht Werterhaltung Schulanlagen“ wurde bereits dargestellt, mit welchem Aufwand in den kommenden Jahren für die Sanierung der Schulanlagen zu rechnen ist. Dieser B+A bezieht sich lediglich auf die Werterhaltung der Schulanlagen. Es wird nun darum gehen, auch die Ausstattung (Möbiliar, Ausweichräume, neue Technologien) in die Planung miteinzubeziehen, für eine nächste Sanierungsetappe vorzubereiten und die weiteren (politischen) Schritte auszulösen.

Zur Zeit werden die Spiel- und Pausenplätze schrittweise verbessert und zeitgemäss angepasst. Aufgrund der Einführung der Blockzeiten und der Realität, dass sich sämtliche Lernenden einer Schulanlage während des gesamten Vormittages in und ums Schulhaus aufhalten, müssen weitere Anpassungen erfolgen. Diese werden jeweils von den Lehrpersonen sehr gut aufgenommen und äusserst geschätzt.

7. *Welche Verbesserungen sind notwendig, damit Kriens ein attraktiver Arbeitsort für Lehrpersonen ist und bleibt?*

Für das Wohlbefinden der Lehrpersonen und den Erhalt eines attraktiven Arbeitsortes sind nicht ausschliesslich die Schulanlagen und Ausstattungen ausschlaggebend. Es ist sehr wichtig, den Gesamtkontext zu beachten. Als wichtige Rahmenbedingungen für die anspruchsvolle Lehrtätigkeit werden beispielsweise auch folgende Aspekte aufgeführt: Klassengrössen, unterstützende Massnahmen (Schulsozialarbeit), Schulklima, Wertschätzung durch politische Behörden, Eltern und die Gesellschaft und die fachübergreifende Zusammenarbeit.

Trotzdem sind Gemeinde- als auch Einwohnerrat gut beraten, die bestehenden Schulanlagen aufgrund eines Massnahmen- und Zeitplanes kontinuierlich zu sanieren und die Ausstattung zu modernisieren. Das Vorliegen einer etappierten Massnahmenplanung mit hoher Verbindlichkeit kann bereits der erste Schritt zu einer Verbesserung der Situation beitragen."

Bruno Bienz fragt die Interpellantin an, ob sie mit der Beantwortung zufrieden ist oder ob sie eine Diskussion wünscht.

Nicole Nyfeler wünscht keine Diskussion und bedankt sich beim Gemeinderat für die gute und offene Beantwortung. Sie bittet den Einwohnerrat die Antworten bei anstehenden Entscheidungen zu beachten.

## **15. Entscheid elektronisches Abstimmungssystem**

Der Rat hat heute ein elektronisches Abstimmungssystem getestet. Bruno Bienz fragt, ob dieses angeschafft werden soll. Die Kosten betragen 5'500.00 Euro, ca. Fr. 9'000.00.

Gemäss Guido Solari muss man noch den Programmieraufwand miteinrechnen, wenn man eine spezielle Darstellung der Resultate möchte. Weiter müsste ein Beamer und Laptop angeschafft werden.

Alexander Wili will wissen, ob im Protokoll festgehalten wird, wer wie stimmt.

Nach Bruno Bienz ist dies so.

Alexander Wili fragt, wie es ist, wenn jemand im Ausstand ist.

Miriam Kalt versteht die Frage nicht ganz.

Alexander Wili ist der Meinung, dass man erst im Protokoll sieht, wer wie abgestimmt hat. Wenn jemand im Ausstand ist, muss man das aber sofort sehen.

Gemäss Bruno Bienz muss diejenige Person, die in den Ausstand treten muss, auf die Tribüne gehen. Ausserdem könnte man auf der Folie sofort nachlesen, wer wie abgestimmt hat.

Patrick Koch ist sehr nahe bei der Leinwand gesessen und hatte Mühe die Namen zu lesen. Sie waren sehr klein geschrieben. Es wäre gut, wenn das Abstimmungsergebnis so dargestellt werden könnte, dass der Sitzplan erscheint und dort bei den einzelnen Personen mit Farben angezeigt wird, wie abgestimmt wurde.

Johanna Dalla Bona will wissen, ob ihr Nachbar für sie abstimmen kann, wenn sie aufs WC muss.

Gemäss Bruno Bienz ist das nicht erlaubt.

Kathrin Graber bzw. die CVP findet, dass das elektronische Abstimmungssystem ein Spielzeug ist. Die CVP ist auch für Transparenz aber diese hat man auch, wenn man unter Namensaufruf abstimmt. Vor allem die Kosten/Nutzen-Frage stimmt sie bedenklich.

Nach Bruno Bienz ist es ein Auftrag, dieses System zu prüfen. Wenn man unter Namensaufruf abstimmen würde, wäre man um 22:00 Uhr noch hier.

Judith Luthiger unterstützt die Anschaffung eines solchen elektronischen Abstimmungssystems.

Daniel Piazza findet das elektronische Abstimmungssystem gut. Es ist sicher effizienter. Er fragt sich allerdings, ob man etwas machen kann, wenn man aus Versehen die falsche Taste drückt.

Gemäss Bruno Bienz kann man in einer solchen Situation einen Rückkommensantrag stellen.

Nicole Nyfeler hat bemerkt, dass bei unvorhergesehenen Abstimmungen ein falscher Titel bei den Abstimmungsergebnissen angezeigt wird. Es sollten auch neutrale Vorlagen vorhanden sein. Ausserdem wünscht sie sich klare Fragestellungen vor den Abstimmungen.

Martin Heiz, namens der SVP-Fraktion, findet das elektronische Abstimmungssystem ein super Spielzeug. Die Folie mit den Abstimmungsergebnissen sollte aber länger angezeigt werden, damit man nachlesen kann wer wie abgestimmt hat. Ansonsten kann die SVP-Fraktion damit leben.

Bruno Bienz erklärt, dass das elektronische Abstimmungssystem erst am Mittwoch eingetroffen ist. Das Problem der Schriftgrösse kann ohne weiteres behoben werden, man hatte aber bis jetzt noch keine Zeit dazu.

Werner Baumgartner ist der Meinung, dass man es lassen sollte, wenn man nur damit leben kann. Man schießt über das Ziel hinaus. Er fragt sich ob das System auch für eine Zwischenabstimmung geeignet ist. Wenn ja ist das in Ordnung ansonsten müsste man das Ganze nochmals überdenken.

Gemäss Bruno Bienz ist es klar, dass solche Formulare vorhanden sein müssen.

Joe Brunner nimmt an, dass bei einer Eventualabstimmung die Tasten 1 bis 9 zum Einsatz kommen. Im Verhältnis zu einem Fussballplatz der Millionen gekostet hat, ist die Anschaffung dieses Systems nicht teuer. Der Einwohnerrat darf auch einmal etwas kosten.

Räto Camenisch weiss, dass die Abstimmung unter Namensaufruf oft missbraucht wird. Ein Vorteil des elektronischen Abstimmungssystems ist, dass die Abstimmung etwas ehrlicher wird, denn so kann man nicht einfach schauen, was der Fraktionschef stimmt. Jeder muss selbst aufpassen und sich eine Meinung bilden.

Nicole Nyfeler fragt, ob es auch noch andere elektronische Abstimmungssysteme auf dem Markt gibt oder ob dieses System für den Einwohnerrat vorgesehen ist.

Gemäss Guido Solari ist es nicht so, dass man dann dieses Abstimmungssystem kauft, es kann auch ein anderes sein.

Nicole Nyfeler fragt sich, über was denn jetzt abgestimmt wird.

Guido Solari antwortet, dass nun darüber abgestimmt wird, ob der Rat ein elektronisches Abstimmungssystem will.

**Abstimmung:**

Mit 27:6 Stimmen wird das elektronische Abstimmungssystem angenommen.

Namen	Ja	Nein	Enthaltung
Achermann Marco	x		
Baumgartner Werner		x	
Betschart Daniel	x		
Bienz Viktor		x	
Bründler Anton	x		
Bründler Josef	x		
Brunner Joe	x		
Burkhardt Roland	x		
Camenisch Räto	x		
Dalla Bona-Koch Johanna	x		
Fluder Hans	x		
Graber Kathrin		x	
Hauser-Roos Bernadette		x	
Heini Martin	x		
Heiz Martin	x		
Hug René	x		
Kalt Mirjam	x		
Kaufmann-Wolf Christine		x	
Koch Patrick	x		
Konrad Simon	x		
Lammer Thomas	x		
Lanz Susanne	x		
Luthiger-Senn Judith	x		
Maldonado Jennifer	x		

Marbacher-Knüsel Monika	x		
Müller-Huber Ursula		x	
Nyfeler Nicole	x		
Piazza Daniel	x		
Portmann Peter	x		
Rey Louis	x		
Thalmann Robert	x		
Urfer Mario	x		
Wili Alexander	x		
Total	27	6	


## Schluss

Bruno Bienz beendet die erste Sitzung in der neuen Legislatur mit einer neuen Geschäftsordnung. Es muss sich nun alles noch ein wenig einpendeln. Er wünscht allen eine gute Zeit bis zur nächsten Sitzung am 30. Oktober 2008, diese beginnt um 13:30 Uhr. Gleichzeitig bittet der Vorsitzende alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Liste der Interessenbindung gemäss Mail von Yvonne Rössli auszufüllen und zurückzusenden. Allen, die noch Ferientage auf dem Konto haben, wünscht er schöne Ferien. Im Anschluss an die Sitzung treffen sich die Durstigen im Restaurant Krienserhalle.

Die Sitzung wird um 18:00 Uhr geschlossen.

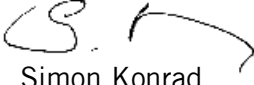


Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

  
Bruno Bienz  
Einwohnerratspräsident

  
Guido Solari  
Gemeindeschreiber

  
Toni Bründler  
Stimmzähler

  
Simon Konrad  
Stimmzähler

  
Petra Burkhart  
Protokollführerin

  
Andrea Sigrist  
Protokollführerin